



PENSIONSVERSICHERUNG
FÜR DAS STAATSPERSONAL
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

STIFTUNG DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Jahresrechnung und Jahresbericht 2009



Inhalt

2	Vorwort des Stiftungsrates	4
	Vorwort des Geschäftsleiters	6
	Wichtiges in Kürze	8
	Bericht der Revisionsstelle	13
	Bilanz	14
	Betriebsrechnung	15
	Anhang	17
1	Grundlagen und Organisation	17
1.1	Rechtsform und Zweck	17
1.2	Registrierung und Sicherheitsfonds	17
1.3	Rechtsgrundlagen	17
1.4	Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung	18
1.5	Experten, Revisionsstelle, Berater, Aufsichtsbehörde	19
1.6	Angeschlossene Arbeitgeber	20
2	Aktive Versicherte und Pensionsbezüger	21
2.1	Aktive Versicherte	21
2.2	Mitglieder Magistratenfonds	21
2.3	Mitglieder mit Freizügigkeitssperrkonten	21
2.4	Pensionsbezüger	21
3	Art der Umsetzung des Zwecks	22
3.1	Erläuterung des Vorsorgeplans (Leistungsprimat und Beitragsprimat)	22
3.2	Finanzierung / Finanzierungsmethode	24
3.3	Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit	24
4	Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit	25
4.1	Bestätigung über die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26	25
4.2	Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze	25

5	Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad	26
5.1	Art der Risikodeckung, Rückversicherungen	26
5.2	Entwicklung des Vorsorgekapitals für aktive Versicherte	26
5.3	Entwicklung des Magistratenfonds	26
5.4	Entwicklung der Freizügigkeitssperrkonten	27
5.5	Entwicklung des Vorsorgekapitals für Pensionsbezüger	27
5.6	Zusammensetzung der technischen Rückstellungen	28
5.7	Ergebnis des versicherungstechnischen Gutachtens	29
5.8	Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen	30
5.9	Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen	31
5.10	Deckungsgrad	33
6	Erläuterung der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage	34
6.1	Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement	34
6.2	Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve	35
6.3	Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien	35
6.4	Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente	38
6.5	Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter securities lending	38
6.6	Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage	38
6.7	Erläuterung der Anlagen beim Arbeitgeber	41
7	Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung	42
7.1	Erläuterungen zur Bilanz	42
7.2	Erläuterungen zur Betriebsrechnung	45
8	Auflagen der Aufsichtsbehörde	51
9	Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage	51
9.1	Nachschusspflichten (Commitment)	51
10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	51
	Angaben zum versicherungstechnischen Teil	52

Vorwort des Stiftungsrates

4 |

Geschätzte Versicherte, Pensionistinnen und Pensionisten

Im Vorwort zum Jahresbericht 2008 ist der Präsident Peter Mella von der Ungewissheit ausgegangen, ob es sich bei der veritablen Wirtschaftskrise um den Beginn einer heilsamen Entwicklung oder erst um den Anfang einer länger dauernden weltweiten Krise handelt. Gemessen an der makroökonomischen Wirtschaftsentwicklung ist der grosse Zerfall ausgeblieben. Die Anlagemärkte haben dies mit einer starken Aufwärtsbewegung quittiert und im März 2009 zu einer kräftigen Kurserholung, allerdings von einem tiefen Niveau aus, angesetzt. Damit konnte aber nur ein Teil des im Vorjahr entstandenen Vermögensrückganges aufgeholt werden – und viele Probleme sind geblieben. Man denke an die hohe Staatsverschuldung wichtiger Wirtschaftsnationen, an Verschiebungen im Währungsgefüge und an die steigende Arbeitslosigkeit in Verbindung mit Inflationsängsten. 2010 wird, auch wenn die bisherige Entwicklung beruhigend wirkt, anspruchsvoll.

Anspruchsvoll war auch die Arbeit des Stiftungsrates im Berichtsjahr. Die Umsetzung des per 1. Januar 2009 revidierten Gesetzes und der Verordnung vom 18. August 2009 zur Pensionsversicherung für das Staatspersonal erhöhte die Flexibilität der Pensionsversicherung und damit verbunden einen grösseren Handlungsspielraum für den Stiftungsrat. In vier Sitzungen wurde vom Stiftungsrat in verdankenswerter Zusammenarbeit mit dem Geschäftsleiter und den Mitarbeiterinnen eine wesentliche Neuorientierung eingeleitet. Die versicherungsmathematische Bilanz per 2008 wurde mit einem Deckungsgrad von 74.8% abgeschlossen, auf eine Erhöhung der Beiträge per 1. Januar 2010 wurde trotz Sanierungsbedarf verzichtet, da die Sanierung im Rahmen eines ganzheitlichen Sanierungsplans unter Einbezug aller Beteiligten (Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Pensionisten) angegangen werden soll. Die neue Aufsichtsbehörde FMA unterzog die Pensionsversicherung einer Erstüberprüfung und einer Sonderprüfung, wonach sich der Stiftungsrat mit weiteren Analysen, speziell mit Blick auf die strukturelle und finanzielle Risikofähigkeit der Kassa befasste.

Zur Beratung bei der Anlage des Vermögens von CHF 525.23 Mio. (Durchschnitt 2009) wurde eine Vermögensanlagekommission eingesetzt. In Anbetracht der sich im ersten Quartal 2009 verschlimmerten Vermögensentwicklung und mit Blick auf eine noch zu erarbeitende Analyse der Risikofähigkeit beschloss der Stiftungsrat am 6. Mai 2009, auf ein Rebalancing auf «neutral» zu verzichten, um das Anlagerisiko, aufgrund der Unterdeckung und der unsicheren Lage an den Finanzmärkten, einzuschränken. Der Vermögenserfolg lag dadurch Ende 2009 mit 11.14% stark unter der Benchmark von 14%, wie sie die für 2009 festgelegte Anlagestrategie hätte ergeben sollen. Trotzdem konnten CHF rund 54 Mio. als Nettoerfolg aus der Vermögensanlage erzielt werden (gegenüber -93 Mio. im Vorjahr).

Auch die versicherungstechnische Seite zeigt ein Wachstum von 4.5% bei den aktiven Versicherten mit einer stärkeren Zunahme bei den Frauen. Ende 2009 waren insgesamt 4'065 (Vorjahr 3'876) Personen versichert, davon sind 727 (Vorjahr 682) Pensionsbezüger. Das nach wie vor günstige Verhältnis von 4.59 Aktiven auf einen Pensionisten (inklusive Waisen / Kinder) trägt jährlich zu einem beachtlichen Mittelzufluss bei.

Im regulatorischen Bereich erliess der Stiftungsrat neue Reglemente für die Organisation, über Rückstellungen und Schwankungsreserven, für die Teilliquidation, sowie ein Wahlreglement und vor allem das Vorsorge-reglement sowie den Vorsorgeplan 1. Zum Wechsel auf das Beitragsprimat wurden Analysen und Offerten erstellt, welche allerdings wegen der damit verbundenen Nachfinanzierung nicht beansprucht wurden. Zudem wurden mit allen 28 angeschlossenen Institutionen neue Anschlussvereinbarungen abgeschlossen.

Die Regierung und der Stiftungsrat haben sich für eine verbesserte Gewaltentrennung und somit für eine Loslösung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal aus der Landesverwaltung entschieden. Per 1. Januar 2010 konnte die räumliche, rechtliche und organisatorische Loslösung vollzogen werden. Die Geschäftsleitung und die Mitarbeiterinnen sind seitdem direkt bei der Pensionsversicherung angestellt.

Mit Wirkung ab 1. Januar 2010 wurde der Stiftungsrat neu bestellt. In Anbetracht der herausfordernden Aufgaben wurden im ersten Quartal 2010 weitere Schritte eingeleitet, die zur nachhaltigen Verbesserung der finanziellen, versicherungstechnischen und organisatorischen Struktur führen sollen. Während die neue Organisationsstruktur per 1. März 2010 bereits umgesetzt werden konnte, galt das Hauptaugenmerk des neuen Stiftungsrates der Finanzierung der Pensionsversicherung und speziell der soliden Ausrichtung der Deckungskapitalien und der Bewirtschaftung des aktiven Anlagevermögens. So wurden bereits im ersten Quartal 2010 in drei Sitzungen des Stiftungsrates zielgerichtete Entscheidungen gefällt.

In Anbetracht der ab 1. Januar 2009 erhöhten Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber und des erfreulichen Vermögenszuwachses wäre eine erhebliche Erhöhung des Deckungsgrades zu erwarten gewesen. Der Stiftungsrat hat sich aber für eine transparente Darstellung der Verwendung der Beitragsanteile für die Verwaltungskosten, des Teuerungsfonds der laufenden Renten und beim Finanzierungsbeitrag für künftige Lohnerhöhungen und zudem für einen Wechsel in der Bilanzierung der Deckungskapitalien, vor allem bei den aktiven Versicherten, entschieden. Dies bedeutet keinen Vermögensverlust wie im Vorjahr infolge Marktturbulenzen, sondern eine markante und zielgerichtete Verstärkung der Deckungskapitalien. Für den Wechsel von der bisher verwendeten dynamischen Bilanzierung zur klassischen Methode, die praktisch alle privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen im Leistungsprimat heute anwenden, sprechen viele gute Gründe: Die generell höhere Sicherheit der Vorsorge bei stärkerer Kapitalbildung, der Übergang von der kollektiven dynamischen zur klassischen Sicherstellung der Vorsorgekapitalien, vor allem im Hinblick auf mögliche Teilliquidationen, der wachsende Pensionistenanteil in unserer Pensionsversicherung und veränderte Wachstumsperspektiven für den aktiven Versichertenbestand. Diese Deckungskapital-Verstärkung bildet auch eine gute Ausgangslage für den zu erarbeitenden Sanierungsplan, der den Stiftungsrat in diesen Monaten beschäftigen wird.

Die auf das Anlagevermögen zu erzielende Rendite bildet einen massgebenden Anteil an die Gesamtfinanzierung der Pensionsversicherung, sodass der Stiftungsrat über die beratende Vermögensanlagekommission eine geeignete Anlagestrategie verfolgt, die der finanziellen Risikofähigkeit der Pensionsversicherung, die aufgrund des tiefen Deckungsgrades eingeschränkt ist, Rechnung trägt. Der Stiftungsrat hat bereits im Januar 2010 den Rebalancing-Stop aufgehoben und die Aktienquote entsprechend angepasst. Das Anlagekonzept, welche auch die Anlage-Organisation und die Organisation und die Aufgaben der Vermögensanlagekommission umfassen soll, wird derzeit umfassend überarbeitet.

Der Stiftungsrat dankt der Regierung und den angeschlossenen Institutionen, allen Versicherten und den Pensionistinnen und Pensionisten für ihr Vertrauen in die Anstrengungen, die der Stiftungsrat zur Stabilisierung der finanziellen Situation der Pensionsversicherung unternimmt. Ein grosser Dank gebührt dem per Ende 2009 ausgeschiedenen Präsidenten Peter Mella und den Mitgliedern des Stiftungsrates, für die wir hier stellvertretend Bericht erstatten. Der Stiftungsrat dankt ganz speziell dem Geschäftsleiter Ralph Büchel und den Mitarbeiterinnen, die sich in einer anspruchsvollen Zeit mit grossem Einsatz tagtäglich um die komplexen Aufgaben und um die Anliegen der Versicherten und Pensionistinnen und Pensionisten kümmern.

Vaduz, 4. Mai 2010

Präsidentin des Stiftungsrates
Ingrid Hassler-Gerner

Vizepräsident des Stiftungsrates
Thomas Hasler

Vorwort des Geschäftsleiters

6 | **Geschätzte Versicherte, Pensionistinnen und Pensionisten**

Gemäss Art. 14a Abs. 1 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] hat die Pensionsversicherung die Mitglieder jährlich über die Tätigkeit im vergangenen Jahr, über die Jahresrechnung und die Vermögensanlage zu informieren. Mit dem vorliegenden Jahresbericht kommt die Geschäftsleitung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal diesem Auftrag nach.

Rechnungsergebnis / Deckungsgrad

Die Jahresrechnung 2009 schliesst mit Zuflüssen aus Beiträgen und Eintrittsleistungen in Höhe von CHF 71'803'128.04 und Abflüssen für Leistungen und Vorbezüge in Höhe von CHF -25'767'284.91 sowie Auflösung / Bildung der Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen sowie Versicherungsaufwand von CHF -108'359'295.14 mit einem Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil von CHF -62'323'452.01 ab. Das Ergebnis aus Vermögensanlagen von CHF 53'931'081.93 (Rendite 11.14 %), das aufgrund der weltweiten Erholung an den Börsen ab März 2009 entstanden ist, hat der Pensionsversicherung einen verhältnismässig hohen Gewinn beschert. Dennoch resultiert ein Ertrags- / Aufwandüberschuss von CHF -9'823'362.45. Der Grund ist ein Bilanzierungsmethodenwechsel, der ein systematisch höheres Deckungskapital für die aktiven Versicherten erfordert und rund 103 Mio. für dessen Bildung mehr benötigt wurden als mit der Aktivierung der Mehrbeiträge durch die Gesetzesrevision zu erwarten war. Die Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen erhöhen sich auf CHF 746'533'538.35. Das Minus beim Stiftungskapital erhöht sich auf CHF -173'623'342.68 (Vorjahr CHF -163'799'980.23).

Aufgrund dieser Umstände weist die Bilanz per 31. Dezember 2009 einen Deckungsgrad von 76.7 % (Vorjahr 74.3 %) aus. Weitere Ausführungen zu der Umstellung sind im Kapitel «Wichtiges in Kürze» sowie im Anhang zur Jahresrechnung erläutert.

Für die Beurteilung der versicherungstechnischen Lage im Berichtsjahr sind folgende Hinweise wichtig:

- weiterhin günstige statistische Rahmenbedingungen;
- einmalig günstiger Risikoverlauf;
- dank dem erfreulichen Vermögensertragsergebnis konnte trotz der Verstärkung der Deckungskapitalien der Deckungsgrad noch verbessert werden.

Umstellung neuer Software aufgrund der Gesetzesrevision

Im Berichtsjahr wurde die PK-Software der Firma BERAG, Basel dem Gesetz per 1. Januar 2009 angepasst und erweitert. Die Programmierung der Nachfinanzierung der Lohnerhöhungskosten und der Stundenlöhnerberechnungen sind zwei der grösseren Unterprojekte, die erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Ebenso wurden verschiedene Tools wie Offertwesen, Zukunftsrechner, Dienstunterbruch sowie Frühpensionierung und Kapitalbezug programmiert, die eine effizientere Arbeitsweise ermöglichen. Aktuell wird bereits das im 2008 eingeführte Programm schrittweise durch ein neues Programm ersetzt, welches auf einer zukunfts-sicheren und neuorientierten Entwicklungsumgebung basiert. Trotz des sehr engen Zeitplanes, welcher die Softwareanpassungen innert Wochen voraussetzte, konnten die gesetzlichen Änderungen wie vorgesehen abgebildet und abgeschlossen werden.

Verordnung [PVV], Reglemente, Vorsorgeplan und Anhänge

Am 1. Januar 2009 ist das revidierte Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] in Kraft getreten. Wie aus dem Vorwort des Stiftungsrates zu entnehmen ist, wurden die Verordnung sowie diverse Reglemente erlassen, welche auf der operativen Ebene entsprechende Anpassungen zur Folge hatten.

Anpassung der Versicherungsverhältnisse per 1. Januar 2009

Durch den Einbezug der Gratifikation und der Einführung eines maximalen Koordinationsabzuges gab es neu einen koordinierten, beitragspflichtigen Lohn. Dabei entspricht der Koordinationsabzug einem Monatsgehalt, im Maximum jedoch einem Viertel der maximalen jährlichen AHV-Altersrente (Stand 2009: 6'840.00). Der maximale Koordinationsabzug verringert sich mit einem tieferen Beschäftigungsgrad. Für Angestellte im Stundenlohn gilt ein Beschäftigungsgrad von 100 %.

Beispiele:

Anrechenbarer Jahreslohn	65'000	104'000	39'000	62'400
Beschäftigungsgrad	100 %	100 %	60 %	60 %
Koordination max.	6'840	6'840 -6'840	4'104	4'104 -4'104
Koordination 1 Monatslohn	5'000 -5'000	8'000	3'000 -3'000	4'800
Beitragspflichtige Jahreslohn	60'000	97'160	36'000	58'296

Durch die Einführung der neuen Koordination (maximal 6'840) erhöhte sich der beitragspflichtige Jahreslohn per 1. Januar 2009 für manche Versicherte.

Beitragspflichtiger Jahreslohn bisher 31. Dezember 2008	60'000	96'000	36'000	57'600
Beitragspflichtiger Jahreslohn neu (neue Koordination)	60'000	97'160	36'000	58'296
Erhöhung Jahreslohn	0	1'160	0	696

Diese Erhöhung des beitragspflichtigen Lohnes hat natürlich auch eine Erhöhung des versicherten Jahreslohnes bewirkt. Das Problem bestand aber darin, dass diese Erhöhung nicht finanziert wurde, weil in der Vergangenheit auf diesen Teil keine Beiträge gezahlt wurden. Um zu verhindern, dass die mit diesem Leistungsausbau verbundenen und durch die ordentlichen Beiträge nicht gedeckten Kosten die Pensionsversicherung belasten, wurde der nicht finanzierte Teil des Leistungsausbaus individuell durch eine Kürzung (Kürzung wegen Einbezug Gratifikation) der versicherten Besoldung kompensiert. Bei Versicherten, die keine Erhöhung des beitragspflichtigen Lohnes durch die neue Koordination erhalten haben, wurde auch keine Kürzung vorgenommen.

Versicherungstechnisch muss man sich das so vorstellen, dass die Kürzung umso geringer ausfällt, je jünger jemand ist, weil für die Erhöhung die Beiträge in Zukunft bezahlt werden. Ist jemand aber kurz vor der Pensionierung, so fällt die Kürzung grösser aus, weil für die Erhöhung praktisch keine Beiträge mehr einbezahlt werden. Im Rahmen der Gesetzesrevision wurden per 1. Januar 2009 auch Erhöhungen der versicherten Besoldung in Erhöhungen der Rentensätze umgewandelt. Gleichzeitig wurden Kürzungen mit bestehenden Erhöhungen verrechnet bzw. in vielen Fällen von den Dienstnehmern ausgekauft.

Herzlichen Dank

Die gesamten Umstellungen wurden den Versicherten individuell kommuniziert. Es war uns bewusst, dass die ganzen Änderungen sehr komplex waren. Wir versuchten diese auf eine einfache und transparente Weise den Versicherten zu erklären. Ich möchte an dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle für das Verständnis und das in uns gesetzte Vertrauen aussprechen.

Vaduz, 4. Mai 2010



Geschäftsleiter
Ralph Büchel

Wichtiges in Kürze

8 | In diesem Kapitel sind die wichtigsten Daten der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zusammengefasst. Die Detailinformationen sind im Anhang der Jahresrechnung aufgeführt.

Die Entwicklung der versicherungstechnischen Lage der Pensionsversicherung ist im Berichtsjahr 2009 sowohl bei den Aktiven (Vermögenswerte) als auch bei den Passiven (Verpflichtungen) durch die günstigen Rahmenbedingungen geprägt worden. Die im Jahre 2008 entstandene Unterdeckung kann mit den neuen und deutlich höheren gesetzlichen Beiträgen allein nicht beseitigt werden, da noch eine Verstärkung des Vorsorgekapitals «Aktive Versicherte» durch einen Bilanzierungsmethodenwechsel vorgenommen wurde. Vorerst ist jedoch die weitere Entwicklung und ein Sanierungsplan abzuwarten.

Bestand und Veränderung der aktiven Versicherten und der Rentner

Aktive Versicherte

	2009		2008	
Männer	1'750	+4.4 %	1'677	+3.8 %
Frauen	1'588	+4.7 %	1'517	+3.3 %
Total	3'338	+4.5 %	3'194	+3.6 %

Der Bestand hat um 144 Versicherte bzw. um 4.5 % zugenommen. Der Anteil der Frauen hat im Berichtsjahr wie in den Jahren vor 2008 wieder stärker zugenommen.

Pensionsbezüger

Pensionsart	2009	2008
Alterspension	496	466
Hinterlassenenpension	135	125
Invalidentpension	96	91
Total	727	682

Der Pensionistenbestand hat im Berichtsjahr netto um 45 Pensionisten oder um 6.6 % zugenommen. Diese Nettozunahme ergibt sich aus 78 Zugängen und 33 Abgängen.

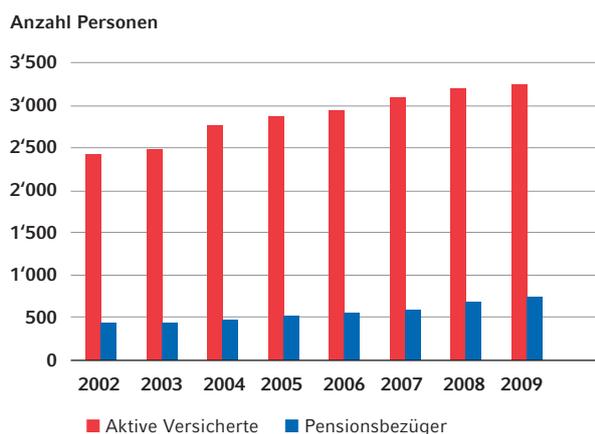
Der Pensionistenbestand hat im Berichtsjahr gesamthaft nicht stark zugenommen. Im Teilbestand der Alterspensionisten ergab sich wie in den Vorjahren anzahlmässig die grösste Bestandeszunahme. Obwohl der Pensionistenbestand anzahlmässig gewachsen ist und die Gesamtpensionssumme zugenommen hat, ist die durchschnittliche Pension tiefer als vor einem Jahr. Der Risikoverlauf kann insgesamt unverändert als gut bezeichnet werden.

Verhältnis Anzahl aktive Versicherte zu Pensionsbezüger

	2009	2008
Aktive Versicherte	3'338	3'194
Pensionsbezüger (inklusive Waisen / Kinder)	727	682
Verhältnis	4.59	4.68

Die demografische Struktur der Pensionsversicherung wird bestimmt durch das Verhältnis der aktiven Versicherten zu den Pensionsbezügern. Im Jahr 2009 entfielen auf 3'338 aktive Versicherte 727 Pensionsbezüger. Dies ergibt ein Verhältnis von 4.59 aktiven Versicherten auf einen Pensionsbezüger. Das Verhältnis hat sich somit weiter zurückgebildet, weil die Pensionsbezüger anzahlmässig wiederum stärker zugenommen haben als die aktiven Versicherten. Die demografische Grundstruktur der Pensionsversicherung ist jedoch nach wie vor durchaus positiv.

Entwicklung Anzahl der aktiven Versicherten und Pensionsbezüger



Verhältnis der Vorsorgekapitalien aktive Versicherte zu Pensionsbezüger

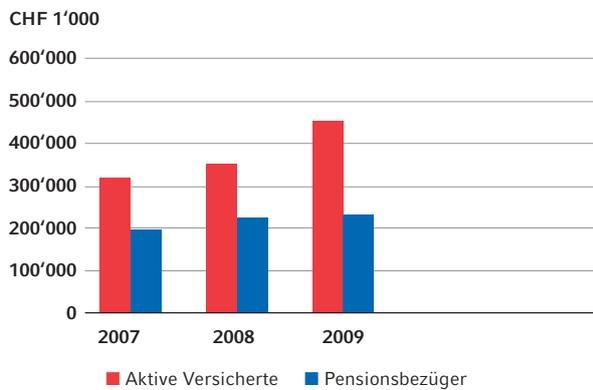
	2009	2008
Aktive Versicherte	457'751'000	350'753'000
Pensionsbezüger (inklusive Waisen / Kinder)	228'004'000	222'833'000
Verhältnis	2.01	1.57

Neben der Anzahl Personen ist aber auch das Verhältnis der Vorsorgekapitalien der aktiven Versicherten zu jenen der Pensionsbezüger von Bedeutung. Im Berichtsjahr beliefen sich die Vorsorgekapitalien der aktiven Versicherten auf CHF 457'751'000, jene der Pensionsbezüger auf CHF 228'004'000. Das resultierende Verhältnis beträgt 2.01 und dies bei einer niedrigen durchschnittlichen Versicherungsdauer von nur 13 Jahren bei den aktiven Versicherten. Auch wenn sich das Verhältnis der Vorsorgekapitalien durch den Bilanzierungsmethodenwechsel zwischen 2008 und 2009 zu Gunsten der Vorsorgekapitalien der aktiven Versicherten verschoben hat, ist es doch wesentlich ungünstiger als jenes bezüglich der Anzahl der Personen. Dies ist insbesondere in Bezug auf eine entsprechende Sanierung von Bedeutung.

Wichtiges in Kürze

10 |

Entwicklung Vorsorgekapital der aktiven Versicherten und Pensionsbezüger



Deckungsgrad Entwicklung

	2009	2008
Deckungsgrad	76.7 %*	74.3 %

* Bilanzierungsmethodenwechsel

Das Weglassen der Aktivierung der Bilanzpositionen für die Teuerungsanpassung kostet ca. 1.8 Deckungsgrad-Prozentpunkte und der Übergang von der dynamischen zur klassischen Finanzierung der zukünftigen Gehaltsentwicklung ca. 5.0 Deckungsgrad-Prozentpunkte.

Die Berechnung des Deckungsgrades erfolgt nach Art. 22 der Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] Deckungsgrad 1, prospektiv, in geschlossener Kasse. Im Berichtsjahr wurde nicht wie in den Vorjahren die dynamische Bilanzierung, die bei grossen, vorwiegend öffentlich-rechtlichen Kassen angewendet wird, sondern erstmals die klassische Bilanzierung, die bei praktisch allen privatrechtlich organisierten Vorsorgeeinrichtungen mit Leistungsprimat im Einsatz ist und ein systematisch höheres Deckungskapital erfordert, angewendet. Dies ist auch der Grund wieso die Zunahme des Deckungsgrades viel niedriger ausgefallen ist als aufgrund der sehr erfreulichen Entwicklung der Kapitalmärkte sowie der überaus vorteilhaften versicherungstechnischen Entwicklung der Pensionsversicherung hätte erwartet werden können. Der Bilanzierungsmethodenwechsel – Verstärkung der Vorsorgekapitalien der aktiven Versicherten sowie Finanzierung der Zulagen auf den laufenden Pensionen – erfolgte aus den Überlegungen, dass generell eine höhere Sicherheit der Vorsorge bei stärkerer Kapitalbildung gegeben ist und die Wachstumsperspektiven für den aktiven Versichertenbestand (stagnierend) und der Pensionsbezüger (wachsend) sich verändert haben und ein Übergang von der kollektiven zur individuellen Sicherstellung der Vorsorgekapitalien gewünscht ist.

Stiftungsvermögen

Entwicklung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal seit 1980 bis 2006

Jahr	Vers. Mathematische Bilanz		Kaufmännische Bilanz	
	Deckungsgrad offene Kasse	Deckungsgrad geschl. Kasse	Ertrags- überschuss	Stiftungsvermögen = Vorsorgekapital
1980			3'632'807.50	38'526'667.24
1981	92.20 %	75.10 %	4'877'391.40	43'404'058.64
1982			6'093'233.16	49'497'291.80
1983	100.50 %	80.10 %	5'809'329.80	55'306'621.60
1984			6'377'399.60	61'684'021.20
1985	110.90 %	90.00 %	7'126'607.70	68'868'327.55
1986			9'880'541.50	78'748'869.05
1987	98.60 %	83.70 %	11'323'206.95	90'072'076.00
1988	102.90 %	85.30 %	-2'271'589.10	87'800'486.90
1989	93.60 %	79.70 %	11'746'296.75	99'546'783.65
1990	100.30 %	84.00 %	12'080'786.55	111'627'570.20
1991	112.00 %	95.80 %	16'024'881.27	127'652'451.47
1992	107.30 %	92.10 %	14'908'605.93	142'561'057.40
1993	108.8 %	94.30 %	18'041'365.47	160'602'422.87
1994	109.90 %	96.30 %	14'789'200.73	175'391'623.60
1995	109.40 %	96.30 %	15'685'223.12	191'076'846.72
1996	112.40 %	98.90 %	20'690'428.55	211'767'275.27
1997	110.60 %	97.30 %	13'940'643.26	225'707'918.53
1998	108.40 %	96.00 %	12'248'864.65	237'956'783.18
1999	114.90 %	101.00 %	20'701'363.00	258'658'146.18
2000*	103.70 %	91.20 %	10'907'286.68	269'565'432.86
2001	97.70 %	85.80 %	18'819'202.12	288'384'634.98
2002	87.40 %	78.00 %	-2'674'286.83	285'710'348.15
2003	91.10 %	81.30 %	35'429'960.91	321'140'309.06
2004	94.00 %	84.00 %	52'320'465.66	373'460'774.72
2005	99.30 %	90.10 %	67'681'637.32	441'142'412.04
2006	99.03 %	90.11 %	39'786'389.39	480'928'801.43

* Ab Jahr 2000: Deckungsgrad berechnet nach Grundlagen EVK 2000. Die Zahlen verstehen sich exklusive Zusatzbeiträge.

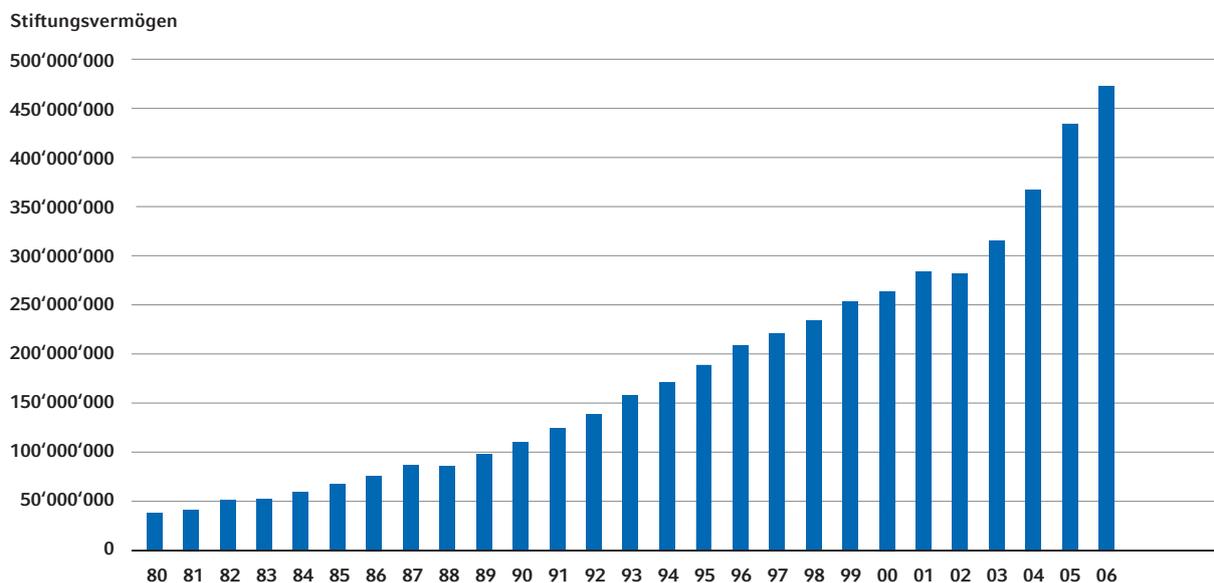
Die Tabelle beinhaltet nur die Jahre bis 2006, da danach die Umstellung auf Swiss GAAP FER 26 erfolgte. Die weitere Entwicklung ist in einer separaten Tabelle ersichtlich (siehe nächste Seite).

In obigen Zahlen ist bis Ende 1988 das Kapital der Sparkasse enthalten. Diese wurde per 31. Dezember 1988 aufgelöst. Die nicht ausbezahlten Sparkapitalien wurden in die Pensionsversicherung für das Staatspersonal übertragen.

Wichtiges in Kürze

12 |

Entwicklung des Stiftungsvermögens (Vorsorgekapital) 1980 bis 2006



Entwicklung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal seit 2006

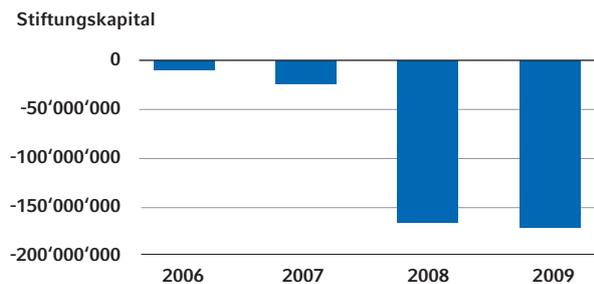
(Swiss GAAP FER 26)

Jahr	Deckungsgrad	Bilanz	
	Prospektive Betrachtung geschlossene Kasse (Swiss GAAP FER 26)	Ertragsüberschuss	Stiftungskapital
2006	98.7 %	-2'792'448.61	-11'735'836.57
2007	95.5 %	-18'455'429.70	-25'408'367.92
2008	74.3 %	-138'391'612.31	-163'799'980.23
2009	76.7%	-9'823'362.45	- 173'623'342.68

Der Verlust von CHF 9.82 Mio. entstand durch den Bilanzierungsmethodenwechsel.

Entwicklung des Stiftungskapitals 2006 bis 2009

(Swiss GAAP FER 26)



Bericht der Revisionsstelle

Bericht der Revisionsstelle an den Stiftungsrat der
Pensionsversicherung für das Staatspersonal

| 13

Als Revisionsstelle gemäss Artikel 14g des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang umfassend Kapitel 1 bis 10), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten der Pensionsversicherung für das Staatspersonal für das am 31. Dezember 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Erstellung der Jahresrechnung, die Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten ist die Geschäftsleitung verantwortlich, wobei der Stiftungsrat die Jahresrechnung zu genehmigen hat und für die Überwachung verantwortlich ist. Unsere Tätigkeit besteht hingegen darin, die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Unabhängigkeit und Anerkennung erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung, der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten dem Gesetz und den Verordnungen. Die Jahresrechnung entspricht Swiss GAAP FER 26.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ostschweizerische Treuhand-Gesellschaft



Daniel Steiner
eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer



Karin Hüttig
eidg. dipl. Wirtschaftsprüferin

St. Gallen, 4. Mai 2010

Bilanz

14 |

Aktiven

(in CHF)	Index Anhang	31.12.2009	31.12.2008
Vermögensanlagen	6.3	574'332'669.90	476'127'830.19
Operative Aktiven			
Cash (Flüssige Mittel bei Banken)	7.1.1	28'181'984.50	5'860'555.85
Forderungen	7.1.2	12'445'857.07	1'767'705.78
Anlagen beim Arbeitgeber	6.7	14'436'363.60	3'134'350.13
Anlagen			
Cash in Wertschriftendepots		9'430'993.08	12'194'119.56
Geldmarktanlagen		258'438.72	0.00
Obligationen		251'523'657.08	233'033'068.16
Wandelanleihen		18'722'513.60	17'047'704.77
Aktien		147'891'063.41	116'362'538.09
Alternative Anlagen		45'587'962.20	41'772'393.65
Immobilien	7.1.3	45'853'836.64	44'955'394.20
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.1.4	287'051.80	438'746.10
Total Aktiven		574'619'721.70	476'566'576.29
Passiven			
Verbindlichkeiten	7.1.5	1'184'315.61	1'477'938.93
Freizügigkeitsleistungen und Renten		667'126.70	796'138.11
Andere Verbindlichkeiten		517'188.91	681'800.82
Passive Rechnungsabgrenzung	7.1.6	525'210.42	573'659.38
Nicht-technische Rückstellungen		0.00	0.00
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen		746'533'538.35	638'314'958.21
Vorsorgekapital Aktive Versicherte	5.2	457'751'000.00	350'753'000.00
Magistratenfonds	5.3	399'873.34	698'784.91
Freizügigkeitssperrkonten	5.4	24'260'500.01	23'711'119.65
Vorsorgekapital Rentner	5.5	228'004'000.00	222'833'000.00
Technische Rückstellungen	5.6	36'118'165.00	40'319'053.65
Wertschwankungsreserve	6.2	0.00	0.00
Stiftungskapital		-173'623'342.68	-163'799'980.23
Stand zu Beginn der Periode		-163'799'980.23	-25'408'367.92
Ertrags- / Aufwandüberschuss		-9'823'362.45	-138'391'612.31
Total Passiven		574'619'721.70	476'566'576.29

Betriebsrechnung

(in CHF)	Index Anhang	2009	2008
Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	7.2.1	58'946'520.14	47'078'502.12
Beiträge Arbeitnehmer		21'247'168.40	18'236'006.60
Beiträge Arbeitgeber		25'935'759.84	18'186'072.85
Einmaleinlagen und Einkaufsummen		11'521'621.73	2'555'702.97
Sanierungsbeiträge Arbeitgeber		0.00	2'434'381.07
Einlagen aus Übernahme Versicherte		241'970.17	5'666'338.63
Eintrittsleistungen	7.2.2	12'856'607.90	10'461'582.95
Freizügigkeitseinlagen		12'247'034.58	10'170'582.45
Einzahlung Vorbezug Scheidung		609'573.32	291'000.50
Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen		71'803'128.04	57'540'085.07
Reglementarische Leistungen	7.2.3	-18'637'532.45	-16'513'716.25
Alterspension		-12'643'200.00	-11'029'188.65
Hinterlassenenpension		-2'927'659.95	-2'752'646.85
Invalidenpension		-2'998'823.45	-2'711'863.55
Kapitalleistungen bei Pensionierung		-15'866.00	-17'052.00
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität		-51'983.05	-2'965.20
Austrittsleistungen	7.2.4	-7'129'752.46	-12'641'249.81
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt		-6'396'274.01	-11'956'884.21
Vorbezüge Scheidung		-733'478.45	-684'365.60
Abfluss für Leistungen und Vorbezüge		-25'767'284.91	-29'154'966.06
Auflösung / Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen		-108'218'580.14	-72'782'592.44
Auflösung / Bildung Vorsorgekapital aktive Versicherte	5.2	-106'998'000.00	-31'372'000.00
Auflösung / Bildung Magistratenfonds	5.3	311'391.07	-124'194.00
Verzinsung Magistratenfonds	5.3	-12'479.50	-22'099.65
Auflösung / Bildung Freizügigkeitssperrkonten	5.4	-197'160.46	-2'249'966.74
Verzinsung der Freizügigkeitssperrkonten	5.4	-352'219.90	-388'190.55
Auflösung / Bildung Vorsorgekapital Rentner	5.5	-5'171'000.00	-31'295'000.00
Auflösung / Bildung technische Rückstellungen	5.6	4'200'888.65	-7'331'141.50
Versicherungsaufwand		-140'715.00	-127'896.00
Beiträge an Sicherheitsfonds		-140'715.00	-127'896.00
Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil		-62'323'452.01	-44'525'369.43

Betriebsrechnung

16 |

(in CHF)	Index Anhang	2009	2008
Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen	6.6	53'931'081.93	-92'740'334.48
Ergebnis Cash		83'830.87	1'801.27
Zinsen		-2'993.90	-25'191.29
Ergebnis Forderungen		12'782.80	10'792.10
Ergebnis Cash in Wertschriftendepots		-788'696.09	-1'112'238.99
Ergebnis Geldmarktanlagen		352'781.19	6'499'332.99
Ergebnis Obligationen		15'781'343.89	-2'436'201.29
Ergebnis Wandelanleihen		2'882'779.87	-7'518'640.07
Ergebnis Aktien		32'255'014.07	-72'125'313.14
Ergebnis Alternative Anlagen		2'868'953.93	-12'554'796.86
Ergebnis Immobilien	7.2.5	2'494'073.79	-1'421'427.70
Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen		-2'008'788.49	-2'058'451.50
Sonstiger Ertrag	7.2.6	0.62	2.22
Sonstiger Aufwand	7.2.7	-57'627.47	-66'959.35
Verwaltungsaufwand	7.2.8	-1'373'365.52	-1'058'951.27
Ertrags- / Aufwandüberschuss vor Bildung WS-Reserve		-9'823'362.45	-138'391'612.31
Bildung Wertschwankungsreserve	6.2	0.00	0.00
Ertrags- / Aufwandüberschuss		-9'823'362.45	-138'391'612.31

Anhang

1 Grundlagen und Organisation

I 17

1.1 Rechtsform und Zweck

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Vaduz.

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat den Zweck, die Versicherten gegen die wirtschaftlichen Folgen des Alters, der Invalidität und des Todes zu schützen. Sie erfüllt beim Staatspersonal denselben Zweck wie die obligatorische betriebliche Personalvorsorge bei den übrigen im Fürstentum Liechtenstein beschäftigten Arbeitnehmern. Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal sieht in jedem Leistungsfall mindestens gleich hohe Leistungen vor wie die obligatorische betriebliche Personalvorsorge.

1.2 Registrierung und Sicherheitsfonds

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist Trägerin der betrieblichen Vorsorge im Sinne von Art. 13 des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge. Sie ist dem Sicherheitsfonds seit dem 1. Januar 2007 angeschlossen.

1.3 Rechtsgrundlagen

Die Organisation und Tätigkeit der Pensionsversicherung für das Staatspersonal basieren auf folgenden Gesetzen, Verordnungen, Reglementen und Richtlinien jeweils in der aktuellen Fassung per 2009:

- Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] (LGBl. 1989 Nr. 7)
- Verordnung vom 27. März 2001 zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (LGBl. 2001 Nr. 73) – ersetzt durch [PVV] per 18. August 2009
- Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung (LGBl. 2002 Nr. 152) – ersetzt durch [PVV] per 18. August 2009
- Verordnung vom 25. November 2008 über die Ausrichtung einer Teuerungszulage auf die laufenden Pensionen (2009) (LGBl. 2008 Nr. 292) – ersetzt durch [PVV] per 18. August 2009
- Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] (LGBl. 2009 Nr. 224)
- Vorsorgereglement
- Vorsorgeplan 1 (Leistungsprimat)
- Organisationsreglement
- Wahlreglement
- Anlagereglement für die Vermögensverwaltung
- Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven
- Teilliquidationsreglement
- Anschlussvereinbarungen

Anhang

18 |

1.4 Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung

Der Stiftungsrat besteht aus je vier Vertretern der Dienstgeber und der Dienstnehmer.

Bis 31. Dezember 2009

		Vertreter von
Präsident	Peter Mella, Personalchef, Triesenberg	Dienstgeber
Vizepräsident	Thomas Hasler, Amt für Gesundheit, Triesenberg	Dienstnehmer
Mitglieder	Norbert Hemmerle, Regierungssekretär, Schaan	Dienstgeber
	Ronald Marxer, Steuerverwaltung, Mauren	Dienstnehmer
	Wendula Matt, Regierungsmitarbeiterin, Mauren	Dienstgeber
	Harald Schädler, AHV-Verwaltung, Triesenberg	Dienstgeber
	Marius Sialm, Lehrer, Planken	Dienstnehmer
	Sibylle Solenthaler, Lehrerin, Eschen	Dienstnehmer
Zeichnungsberechtigung	Kollektivunterschrift zu zweien	

Ab 1. Januar 2010

Die Amtsdauer beträgt zwischen ein und vier Jahre.

		Vertreter von
Präsidentin	Ingrid Hassler-Gerner, Eschen	Dienstgeber
Vizepräsident	Thomas Hasler, Triesenberg	Dienstnehmer
Mitglieder	Peter Mella, Triesenberg	Dienstgeber
	Armin Braun-Kalberer, CH-Oberstammheim	Dienstgeber
	Jürg Brechbühl, CH-Bern	Dienstgeber
	Norman Hoop, Gamprin-Bendern	Dienstnehmer
	Stefan Schmidle, Balzers	Dienstnehmer
	Harry Hasler-Maier, Eschen	Dienstnehmer
Zeichnungsberechtigung	Kollektivunterschrift zu zweien	

1.5 Experten, Revisionsstelle, Berater, Aufsichtsbehörde

Aufsichtsbehörde	Finanzmarktaufsicht Liechtenstein
PV-Experte	Beratungsgesellschaft für die Zweite Säule AG, Basel dipl. PV-Experte, dipl. math. ETH Ernst Sutter
Rechtsberatung	Ritter & Ritter Advokatur AG, Vaduz Dr. Michael Ritter
Investment Controller	Complementa Investment-Controlling AG, St. Gallen und Vaduz Urs Rempfler und Oliver Waldherr
Investment Advisor	PPCmetrics AG, Zürich Dr. Andreas Reichlin
Vermögensanlagekommission	Peter Mella Thomas Hasler Dr. Thomas Vock Ralph Büchel und Dr. Andreas Reichlin (beratende Mitglieder)
Revisionsstelle	Ostschweizerische Treuhand-Gesellschaft, St. Gallen
Geschäftsleitung	Ralph Büchel, Ruggell Leiter der Abteilung Besoldungsadministration / Versicherungen beim Amt für Personal und Organisation
Zeichnungsberechtigung	Kollektivunterschrift zu zweien

Infolge der neuen Gesetzeslage erfolgte eine Neuorganisation der Pensionsversicherung für das Staatspersonal, welche per 1. Januar 2010 zur Loslösung aus dem Amt für Personal und Organisation führte. Zudem erfolgte eine räumliche Verlegung der Geschäftsstelle an die Austrasse 15 in Vaduz per 1. März 2010. Das Personal der Pensionsversicherung, sechs Mitarbeiter inklusive Geschäftsleitung (Total 4.2 Stellen), ist ab 1. Januar 2010 bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal angestellt.

Durch die Verselbständigung der Pensionsversicherung per 1. Januar 2010 und durch die Neuwahl des Stiftungsrates haben sich weitere organisatorische Fragen ergeben, die im Jahr 2010 umgesetzt werden. Die seit 1. Januar 2009 neue Vermögensanlagekommission (VAK) wird im Jahr 2010 verstärkt und als Organ mit Beratungs- und Entscheidungs-Kompetenzen ausgestattet.

1.6 Angeschlossene Arbeitgeber

Per Ende 2009 bestehen für folgende Institutionen / Betriebe schriftliche Anschlussvereinbarungen:

- AHV/IV/FAK-Anstalten
- Liechtensteinisches Landesspital
- Liechtensteinische Kraftwerke
- Liechtensteinische Gasversorgung
- Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland
- Abwasserzweckverband der Gemeinden Liechtensteins
- Liechtensteinische Post AG
- Post Schweiz / Postautodienst
- Ivo Matt AG / Postautodienst
- Telecom Liechtenstein AG
- Liechtenstein Tourismus
- Liechtensteinischer Entwicklungsdienst
- Verein für Bewährungshilfe
- Flüchtlingshilfe Liechtenstein
- Fürstliche Domänenverwaltung
- Liechtensteinisches Voluptuar
- Stiftung Mater Fortior (Bistum)
- Stiftung Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention
- Historischer Verein
- Finanzmarktaufsicht Liechtenstein
- Gemeinde Triesen
- Gemeinde Vaduz
- Gemeinde Schaan
- Gemeinde Planken
- Gemeinde Eschen
- Gemeinde Mauren
- Gemeinde Gamprin
- Gemeinde Schellenberg
- Gemeinde Ruggell

Im Berichtsjahr 2009 haben sich bei der Liste der angeschlossenen Arbeitgeber folgende Veränderungen ergeben:

Neuanschluss Historischer Verein.

2 Aktive Versicherte und Pensionsbezüger

| 21

2.1 Aktive Versicherte

	2009	2008
Männer	1'750	1'677
Frauen	1'588	1'517
Total	3'338	3'194

2.2 Mitglieder Magistratenfonds

	2009	2008
Total	5	5

2.3 Mitglieder mit Freizügigkeitssperrkonten

	2009	2008
Männer	229	203
Frauen	453	443
Total	682	646

2.4 Pensionsbezüger

Pensionsart	2009	2008
Altersrenten		
Männer	315	289
Frauen	169	163
Kinder	12	14
Hinterlassenenrenten		
Männer	9	5
Frauen	110	109
Kinder	16	11
Invalidenrenten		
Männer	38	37
Frauen	39	37
Kinder	19	17
Total	727	682

22 | 3 Art der Umsetzung des Zwecks

3.1 Erläuterung des Vorsorgeplans (Leistungsprimat und Beitragsprimat)

Für das Staatspersonal gilt das Leistungsprimat (Vorsorgeplan 1).

Für angeschlossene Institutionen / Betriebe, die in wesentlichen Geschäftsbereichen privatwirtschaftlich ausgerichtet sind, sowie für Gemeinden können auf dem Beitragsprimat basierende Vorsorgepläne vorgesehen werden. Für die übrigen angeschlossenen Institutionen / Betriebe gilt das Leistungsprimat (Vorsorgeplan 1).

Leistungsprimat

Der Vorsorgeplan «Leistungsprimat» ist im Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] sowie in der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV], im Vorsorge-reglement und im Vorsorgeplan 1 im Detail beschrieben.

Die wesentlichen Merkmale des Vorsorgeplanes 1 sind:

Rücktrittsalter:

- Männer: 64
- Frauen: 64

Anrechenbarer Jahreslohn:

Als anrechenbarer Jahreslohn wird der mutmassliche AHV-Jahreslohn berücksichtigt. Er entspricht in der Regel dem 13-fachen Monatsgehalt (Jahresbesoldung einschliesslich Gratifikation).

Beitragspflichtiger Jahreslohn:

Anrechenbarer Jahreslohn abzüglich Koordination.

Koordinationsabzug:

Der Koordinationsabzug entspricht einem Dreizehntel der Jahresbesoldung einschliesslich der Gratifikation, höchstens jedoch dem sechsfachen Betrag der im jeweiligen Kalenderjahr geltenden Höhe der minimalen monatlichen Altersrente gemäss dem Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (aktuell CHF 6'840). Bei Teilzeitbeschäftigten ist der Maximalbetrag dem Beschäftigungsgrad entsprechend herabzusetzen. Für Stundenlöhner gilt der Höchstansatz.

Beitragspflichtiger bzw. versicherter Jahreslohn:

Der beitragspflichtige und der versicherte Jahreslohn können unterschiedlich sein. Dies ist dann der Fall, wenn infolge überschüssigem oder fehlendem Deckungskapital eine Erhöhung bzw. eine Kürzung des versicherten Jahreslohnes vorgenommen werden muss.

Höhe der Alterspension:

Skala für Pension mit Eintrittsalter 24 für Männer und Frauen sowie Rücktrittsalter 64 für Männer und Frauen:

- 40 Versicherungsjahre bei voller Versicherungsdauer
- 1.26 % der versicherten Besoldung als Alterspension pro Versicherungsjahr
- im Maximum 50.4 % Alterspension bei 40 Versicherungsjahren

Höhe der Invalidenpension:

Skala für Pension mit Eintrittsalter 24 für Männer und Frauen sowie Rücktrittsalter 64 für Männer und Frauen:

- 40 Versicherungsjahre bei voller Versicherungsdauer
- 1.26 % der versicherten Besoldung als Invalidenpension pro Versicherungsjahr
- im Maximum 50.4 % Invalidenpension bei 40 Versicherungsjahren
- im Minimum 27 % der versicherten Besoldung, höchstens jedoch 75 % der maximalen AHV-Altersrente

Höhe der Ehe- / Lebenspartnerpension:

- 2/3 der anwartschaftlichen oder laufenden Alters- oder Invalidenpension
- im Minimum 16 % der versicherten Besoldung, höchstens jedoch 45 % der maximalen AHV-Altersrente

Höhe der Kinder- und Waisenpension pro Kind und Jahr:

- Kinderpension zur Alterspension:
 - 25 % der Alterspension; Höchstleistung von 75 % der Alterspension bei mehreren Kindern
- Kinderpension zur Invalidenpension:
 - 25 % bis Alter 16
 - 30 % bis Alter 19
 - 35 % bis Alter 25
 der Invalidenpension; Höchstleistung bei mehreren Kindern 75 % der Alterspension
- Waisenpension zur Alters- / Invalidenpension:
 - Höhe gleich Kinderpension zur Invalidenpension; Vollwaisen erhalten 200 % der minimalen Waisenpension von 25 %, sofern keine Waisenpension vom zweiten verstorbenen Elternteil; Höchstleistung von 75 % der Alterspension wie bei Kinderpension zur Invalidenpension.

Todesfallabfindungen bei Tod vor dem Bezug der Alterspension bzw. bei Tod innerhalb von zehn Jahren seit dem Beginn des Alterspensionsbezugs.

Teilweiser Kapitalbezug der Altersleistung möglich.

Freizügigkeitsleistung bei vorzeitiger Beendigung des Dienstverhältnisses ohne Anspruch auf eine Alters- oder Invalidenpension.

Beitragsprimat

Per 1. Januar 2009 haben keine Institutionen / Betriebe einen Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat vollzogen.

3.2 Finanzierung / Finanzierungsmethode

Die Finanzierung ist im Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] sowie im Vorsorge-reglement und im jeweiligen Vorsorgeplan im Detail beschrieben.

Leistungsprimat

Die wesentlichen Merkmale des Vorsorgeplanes 1 sind:

Einkaufssumme bei Neueintritt über Alter 24, ansonsten Leistungskürzung in der Form eines reduzierten Pensionsatzes (weniger als 50.4 %)

Beiträge der Versicherten

Im Alter zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres und 31. Dezember nach Vollendung des 23. Altersjahres:

– 1.5 % (Risikobeitrag)

Ab dem 1. Januar nach Vollendung des 23. Altersjahres (45 % vom Vollbeitrag):

– Minimalbeitrag 7.0 %; Maximalbeitrag 9.0 %

– Aktuell gültiger Satz (ab 1. Januar 2009) 8.0 %

des beitragspflichtigen Jahreslohnes

Beiträge der Dienstgeber

Im Alter zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres und 31. Dezember nach Vollendung des 23. Altersjahres:

– 1.5 % (Risikobeitrag)

Ab dem 1. Januar nach Vollendung des 23. Altersjahres (55 % vom Vollbeitrag):

– Minimalbeitrag 8.6 %; Maximalbeitrag 11.0 %

– Aktuell gültiger Satz (ab 1. Januar 2009) 9.8 %

des beitragspflichtigen Jahreslohnes

Steigt die durchschnittliche Besoldung pro angeschlossenem Dienstgeber gegenüber dem Vorjahr um mehr als 3 %, so hat die Pensionsversicherung von den Dienstgebern einen einmaligen Zusatzbeitrag zur Deckung der dadurch anfallenden Mehrkosten einzufordern.

Beitragsprimat

Per 1. Januar 2009 haben keine Institutionen / Betriebe einen Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat vollzogen.

3.3 Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit

Ist bei einem Austritt aus der Pensionsversicherung für das Staatspersonal die Überweisung der fälligen Freizügigkeitsleistungen an einen neuen Arbeitgeber nicht möglich oder nicht gewünscht, erfolgt die Auszahlung auf ein so genanntes Freizügigkeitssperrkonto. Diese Konten werden von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal verwaltet.

Das Land errichtet beim Amtsantritt für jedes Regierungsmitglied einen Ausgleichsfonds «Magistratenfonds», in den das Land laufend 10 % der Bruttobesoldung (Jahresbesoldung ohne Gratifikation) einzahlt. Weiteres ist unter Kapitel 5.3 beschrieben.

4.1 Bestätigung über die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die vorliegende Jahresrechnung ist in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER 26 erstellt worden.

4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Anlagen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal erfolgt nach den Grundsätzen von Swiss GAAP FER 26:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------------------|
| a) Nominalwertforderungen | zum Marktwert |
| b) Wandel- und Optionsanleihen | zum Marktwert |
| c) Aktien und aktienähnliche Anlagen | zum Marktwert |
| d) Fonds | zum Rücknahmepreis der Anteilsrechte |
| e) Immobilien | zum Marktwert |

Der Marktwert wird jährlich einer Grob-Überprüfung unterzogen und mindestens alle drei Jahre nach anerkannten Schätzungsmethoden überprüft. Die von einem unabhängigen Experten ermittelten Verkehrswerte werden durch einen zweiten, von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal und vom ersten Experten unabhängigen Schätzer überprüft (Second Opinion).

- | | |
|-------------------------------|---------------|
| f) Nichttraditionelle Anlagen | zum Marktwert |
|-------------------------------|---------------|

Auf fremde Währungen lautende Aktiven und Passiven wurden zum Stichtagskurs, Aufwendungen und Erträge zum jeweiligen Tageskurs in Schweizer Franken umgerechnet.

26 | 5 Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad

5.1 Art der Risikodeckung, Rückversicherungen

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat die versicherungstechnische Form einer autonomen Pensionskasse. Sie trägt die versicherungstechnischen Risiken selbst. Rückversicherungen bestehen nicht.

5.2 Entwicklung des Vorsorgekapitals für aktive Versicherte

(in CHF)	2009	2008
Stand 1. Januar	350'753'000.00	319'381'000.00
Veränderung gemäss Berechnung PV-Experte	106'998'000.00	31'372'000.00
Stand 31. Dezember	457'751'000.00	350'753'000.00

Die Berechnungsmethode wurde im Berichtsjahr geändert. Weitere Ausführungen sind im Kapitel 5.9 erläutert.

5.3 Entwicklung des Magistratenfonds

(in CHF)	2009	2008
Stand 1. Januar	698'784.91	552'491.26
Einlagen	130'695.29	124'194.00
Auflösungen	-442'086.36	0.00
Verzinsung	12'479.50	22'099.65
Stand 31. Dezember	399'873.34	698'784.91

Gemäss Art. 49a Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] ist für jedes Regierungsmitglied beim Amtsantritt ein Ausgleichsfonds zu bilden, in den das Land laufend wenigstens 10 % der Bruttobesoldung (Jahresbesoldung ohne Gratifikation) einzahlt. Werden diese Mittel für ein Regierungsmitglied beim Ausscheiden aus dem Regierungsamt nicht benötigt, sind sie von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal dem Land zurückzuerstatten. Die Leistungen an ehemalige Regierungsmitglieder werden vorerst durch die vom Land geleisteten Einzahlungen in die Pensionsversicherung für das Staatspersonal und die Entnahmen aus dem Ausgleichsfonds gedeckt. Ein allfälliger Restbetrag ist von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal der Regierung in Rechnung zu stellen und aus den allgemeinen Staatsmitteln aufzubringen (gemäss Art. 49m des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG]). Die Auflösungen sind durch das Ausscheiden von zwei Regierungsmitgliedern entstanden. Die Verzinsung wurde mit Art. 12 Abs. 3 der Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] vom technischen Zinssatz (4 %) auf den Zinssatz für Freizügigkeitskonti (aktuell 1.5 %) geändert.

5.4 Entwicklung der Freizügigkeitssperrkonten

(in CHF)	2009	2008
Stand 1. Januar	23'711'119.65	21'072'962.36
Bildung	6'735'426.14	10'277'769.58
Auflösung	-6'538'265.68	-8'027'802.84
Verzinsung	352'219.90	388'190.55
Stand 31. Dezember	24'260'500.01	23'711'119.65

Gemäss Art. 12 Abs. 2 der Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVV) sind für die Höhe der Zinssätze die jeweiligen Referenzwerte der Liechtensteinischen Landesbank massgebend. Für das Jahr 2009 wurde der Zinssatz vom Stiftungsrat auf 1.50 % (Vorjahr 1.75%) festgesetzt.

5.5 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Pensionsbezüger

(in CHF)	2009	2008
Stand 1. Januar	222'833'000.00	191'538'000.00
Veränderung gemäss Berechnung PV-Experte	5'171'000.00	31'295'000.00
Stand 31. Dezember	228'004'000.00	222'833'000.00

Mit den ausgewiesenen Vorsorgekapitalien sind alle Pensionen inklusive sämtlicher aufgelaufener Teuerungszulagen kapitalmässig rückgestellt.

(in CHF 1'000)	2009	2008
Alterspensionen	170'477	164'681
Invalidentpensionen	26'776	27'597
Hinterlassenenpensionen	28'778	28'375
Kinderpensionen	1'973	2'180
Total	228'004	222'883

Per 1. Januar 2010 wurde keine Anpassung der laufenden Pensionen an die Teuerung vorgenommen.

5.6 Zusammensetzung der technischen Rückstellungen

(in CHF)	2009	2008
Risikoschwankungsreserve	7'400'000.00	6'500'000.00
Tarifreserve (Zunahme Lebenserwartung)	27'400'000.00	22'772'000.00
Rückstellung Teuerungsanpassungen (Teuerungsfonds)	1'318'165.00	11'047'053.65
Total	36'118'165.00	40'319'053.65

Risikoschwankungsreserve

Gemäss «Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven» wird zur Deckung der kurzfristigen Schwankungen im Risikoverlauf Tod und Invalidität (Abweichungen zu den erwarteten Todes- und Invaliditätsfällen) auf der Passivseite der Bilanz eine Rückstellung gebildet. Die Höhe der Rückstellung entspricht der gemäss Tarifgrundlagen zu erwartenden Schadenssumme.

Tarifreserve

Gemäss «Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven» dient diese Tarifreserve der Finanzierung der Umstellungskosten bei Wechsel der biometrischen Grundlagen. Bei erstmaliger Verwendung der neuen biometrischen Grundlagen wird diese Rückstellung aufgelöst. Die Tarifreserve entspricht 0.3 % des Vorsorgekapitals der aktiven Versicherten sowie 0.6 % des Vorsorgekapitals der Pensionsbezüger, unter Berücksichtigung des Zeitfaktors seit der Veröffentlichung EVK 2000 und trägt damit der steigenden Lebenserwartung Rechnung.

Rückstellung Teuerungsanpassungen

Gemäss «Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven» dient diese Rückstellung zur Finanzierung allfälliger Teuerungszulagen auf den laufenden Pensionen. Gemäss Art. 13 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] wird die Rückstellung aus dem Dienstnehmerbeitrag von 0.5 % des beitragspflichtigen Lohnes von aktiven Versicherten gebildet, deren Anschluss im Vorsorgeplan diese Zahlung vorsieht. Die Methode zur Bildung und Auflösung wurde im Berichtsjahr geändert. Weitere Ausführungen sind im Kapitel 5.9 erläutert.

5.7 Ergebnis des versicherungstechnischen Gutachtens

Das versicherungstechnische Gutachten per 31. Dezember 2009 wurde vom PV-Experten der Beratungsgesellschaft für die zweite Säule AG, Basel, erstellt. Grundlage des Gutachtens bildeten neben den geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen, der aktive Versichertenbestand per 31. Dezember 2009 einschliesslich der für diesen Bestand geltenden versicherten Besoldungen ab 1. Januar 2010 sowie der Bestand an Pensionsbezüglern am 1. Januar 2010 einschliesslich aller bis zu diesem Stichtag gewährten Teuerungszulagen auf die laufenden Pensionen.

Die wichtigsten Ergebnisse des versicherungstechnischen Gutachtens können wie folgt zusammengefasst werden:

Aktive Versicherte

Der aktive Versichertenbestand hat netto wieder stärker zugenommen als im Vorjahr. Im Unterschied zum Vorjahr wurden jedoch einerseits deutlich mehr Freizügigkeitsleistungen eingebracht als ausbezahlt und andererseits sind deutlich weniger Versicherte pensioniert worden. Dies dürfte auch die Ursache dafür sein, dass das durchschnittliche Lebensalter der aktiven Versicherten wieder leicht angestiegen ist – es liegt 0.3 Jahre über dem Wert per 31. Dezember 2007 und 0.4 Jahre über dem Wert per 31. Dezember 2008 – und der durchschnittliche Pensionsatz bei den Männern von 43.5 % auf 43.7 % und bei den Frauen von 41.9 % auf 42 % zugenommen hat. Wichtig ist ausserdem festzustellen, dass die Summe der beitragspflichtigen Besoldungen weniger stark zugenommen hat als die Versichertenzahl; dies begründet die Tatsache, dass die durchschnittliche beitragspflichtige Besoldung im Berichtsjahr abgenommen hat. Wenn man die Verteilung der beitragspflichtigen Besoldungen betrachtet, so stellt man aktuell eine Verlagerung in die oberen Altersgruppen fest. Hauptursache für diesen Effekt ist nicht die Verteilung der Erhöhung der beitragspflichtigen Besoldung sondern ganz einfach die Bestandesalterung.

Aufgrund dieser Feststellungen über den Stand und die Veränderung der versicherungstechnischen Gegebenheiten im aktiven Versichertenbestand kann die Aussage gemacht werden, dass die versicherungstechnischen Rahmenbedingungen auf kurze Sicht unverändert günstig sind, mittel bis langfristig ist jedoch davon auszugehen, dass die finanziellen Belastungen – durchschnittliches Lebensalter, durchschnittlicher Pensionsatz und Verteilung der beitragspflichtigen Besoldungen – zunehmen dürften.

Pensionisten

Der Pensionistenbestand hat im Berichtsjahr netto deutlich weniger stark zugenommen als in den Vorjahren. Dies hängt damit zusammen, dass einerseits weniger neue Pensionierungen stattgefunden haben und andererseits im Pensionistenbestand spürbar mehr Abgänge zu verzeichnen waren. Es hat wohl einige neue Invaliditätsfälle gegeben; diese sind jedoch grossmehrheitlich im oberen Altersbereich eingetreten, wo sie zu keinen nennenswerten Mehrbelastungen für die Pensionsversicherung geführt haben. Aus den Zu- und Abgängen im Pensionistenbestand hat ein technischer Kapitalgewinn von ca. CHF 3.5 Mio. resultiert. Man kann deshalb von einem insgesamt günstigen Risikoverlauf sprechen.

Da überdurchschnittlich hohe Pensionen weggefallen und unterdurchschnittlich hohe Pensionen dazu gekommen sind, ist die durchschnittliche laufende Pension kleiner geworden und der Mittelabfluss durch Pensionszahlungen hat netto nur wenig zugenommen, was in einer Phase der erheblichen Unterdeckung ein Vorteil ist.

Vermögensertrag

Während die Bewirtschaftung der Vermögensanlagen im Vorjahr eine Nettoperformance von -18.4% ergab, resultiert im Berichtsjahr eine Nettoperformance von 10.26% bzw. eine Rendite auf dem Gesamtvermögen für das Jahr 2009 auf 11.14% (gemäss Berechnung Complementa). Im Berichtsjahr konnten mit einer Ausnahme (Private Equity) in allen strategischen Anlagekategorien positive Ergebnisse erzielt werden.

Technische Zinsgewinne bzw. -verluste

Technische Zinsgewinne entstehen dann, wenn die Vermögenserträge höher sind als die technischen Zinsverpflichtungen der Pensionsversicherung (mehr als 4%, derzeit gültiger technischer Zinssatz). Entsprechend resultieren technische Zinsverluste, wenn die Vermögenserträge niedriger sind als die technischen Zinsverpflichtungen.

Während in den Vorjahren 2007 ca. CHF 19 Mio. und 2008 ca. CHF 115 Mio. an technischen Zinsverlusten entstanden waren, resultierte für das Berichtsjahr aufgrund der erfreulichen Börsenentwicklung wieder ein technischer Zinsgewinn von ca. CHF 28 Mio. Dazu ist einerseits anzumerken, dass der technische Gewinn als Folge der bestehenden erheblichen Unterdeckung nicht so hoch ausgefallen ist wie aufgrund der erzielten Nettoperformance hätte erwartet werden können und andererseits der Deckungsgrad als Folge der vorgenommenen Änderung der versicherungstechnischen Bilanzierungsmethode nicht im entsprechenden Ausmass angestiegen ist (einmaliger Effekt).

Werkschwankungsreserven

Aufgrund der Deckungssituation sind auch im Berichtsjahr keine Wertschwankungsreserven gebildet worden. Grundsätzlich hat sich jedoch nichts an der Tatsache geändert, dass eine Wertschwankungsreserve von 15.5% angemessen und wünschbar ist.

Deckungsgrad

Der Deckungsgrad hat im Berichtsjahr von 74.3% auf 76.7% zugenommen.

Diese wohl erfreuliche Zunahme ist niedriger ausgefallen als aufgrund der sehr erfreulichen Entwicklung der Kapitalmärkte sowie der überaus vorteilhaften versicherungstechnischen Entwicklung der Pensionsversicherung hätte erwartet werden können. Der Grund hierfür liegt in erster Linie in der strengeren Bilanzierung des Vorsorgekapitals der aktiven Versicherten.

5.8 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Für die Bilanzierung und das versicherungstechnische Gutachten werden unverändert die Rechnungsgrundlagen EVK2000 mit einem technischen Zinsfuss von 4% verwendet. Die Berechnung des Vorsorgekapitals erfolgt nach dem Grundsatz der prospektiven Bilanzierung in geschlossener Kasse. Die Berechnungsmethode wurde im Berichtsjahr geändert. Weitere Ausführungen sind im Kapitel 5.9 erläutert.

5.9 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen

Bei der Bilanzierung der Vorsorgekapitalien für aktive Versicherte sowie der technischen Rückstellungen sind per 31. Dezember 2009 Änderungen vorgenommen worden.

Vorsorgekapital für aktive Versicherte

Bis 2008:

Kollektive Bilanzierungsmethode mit «dynamischer» Finanzierung und Bilanzierung

Bei der Bilanzierung per 31. Dezember 2008 (Vorjahr) wurde für die Bilanzierung des Vorsorgekapitals und des negativen Deckungskapitals ein Grundbeitrag von 14.5 % verwendet. Zusätzlich wurde ein Sonderbeitrag (Mehrbeitrag) von 1.5 %, die gesamte Rückstellung für Teuerungsanpassungen sowie der Barwert des halben Dienstnehmerbeitragsprozentes für die Teuerungsanpassung aktiviert. Diese Methode impliziert eine dynamische Finanzierung / Bilanzierung der zukünftigen Gehaltsentwicklung und der zukünftigen Teuerungszulagen.

Berechnung 2008 sowie 2009 nach bisheriger Methode:

(in CHF 1'000)	2009*	2008
Leistungsbarwerte	901'689	851'718
Elimination negatives Deckungskapital (Ausnullung)	26'072	27'144
Rückstellung Teuerungsanpassungen	-1'318	-11'047
Beitragsbarwerte		
14.5 % Grundbeitrag	-465'669	-454'388
1.5 % Mehrbeitrag (Sonderbeitrag)	n.a.	-47'005
2.8 % Beitragserhöhung (neues Gesetz)	-89'923	n.a.
0.5 % Teuerungsanpassung	-16'058	-15'669
Total	354'793	350'753

* Die Berechnung für 2009 nach der bisherigen Methode ist rein informativ.
n.a.: nicht anwendbar

Ab 2009:

Kollektive Bilanzierungsmethode mit «klassischer» Finanzierung und Bilanzierung

Bei der per 31. Dezember 2009 gültigen Bilanzierungsmethode wird der Gesamtbeitrag von 17.8 % in seine Komponenten zerlegt (vgl. Bericht und Antrag Nr. 31/2008 Seite 25 und 26). Für die Bilanzierung des Vorsorgekapitals und des negativen Deckungskapitals wird der Grundbeitrag von 14.5 % verwendet. Potentielle Beitragserhöhungen zu Sanierungszwecken werden nicht berücksichtigt. Zudem werden keine zukünftigen Beiträge zur Finanzierung von Lohnerhöhungen und Teuerungsanpassungen aktiviert, mit Ausnahme eines Jahresbeitrags von 1.6 % der beitragspflichtigen Besoldung für die in den Leistungsbarwerten bereits berücksichtigten Lohnerhöhungen per 1. Januar des Folgejahres. Diese Methode impliziert eine klassische Finanzierung / Bilanzierung der zukünftigen Gehaltsentwicklung und der zukünftigen Teuerungszulagen.

Diese Änderung der Bilanzierungsmethode bezweckt eine gewollt strengere und vorsichtigere Beurteilung der versicherungstechnischen Lage der Pensionsversicherung bezüglich der Finanzierung der zukünftigen Gehaltsentwicklung einerseits sowie bezüglich der künftigen Anpassung der laufenden Pensionen andererseits.

Berechnung 2009:

(in CHF 1'000)	2009
Leistungsbarwerte	901'689
Elimination negatives Deckungskapital (Ausnullung)	26'072
Beitragsbarwerte	
14.5 % Grundbeitrag	-465'669
1.6 % Jahresbeitrag für Lohnerhöhungseinkauf *	-4'341
0.8 % Technische Rückstellungen	0
0.4 % Verwaltungskosten	0
0.5 % Teuerungsanpassung	0
Total	457'751

Leistungsbarwerte: Entspricht dem Barwert der zukünftigen Leistungen ohne zukünftige Lohnerhöhungen und ohne zukünftige Teuerungszulagen.

Negatives Deckungskapital: Damit junge Versicherte das Deckungskapital nicht zu stark entlasten, werden die negativen Deckungskapitalien auf Null gesetzt.

Grundbeitrag: Der Beitragsbarwert von 14.5 % ist für die Finanzierung der Leistungen.

* Ein Jahresbeitrag von 1.6 % der beitragspflichtigen Besoldung wird aktiviert, da die Kosten für die Lohnerhöhungen per 1. Januar 2010 bereits entstanden sind.

Technische Rückstellungen

Bis 2008: Finanzierung Teuerungszulagen nach Mischverfahren

Die Teuerungsanpassungen auf die laufenden Pensionen wurden teilweise nach dem Rentenwertumlage- und teilweise nach dem Ausgabenumlageverfahren finanziert. Für die Finanzierung massgebend waren die Bestimmungen von Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung.

Der ausgewiesene Saldo der Rückstellung entspricht der Summe der getätigten Zuweisungen aus dem halben Dienstnehmerbeitragsprozent, welche seit dem 1. Januar 1999 abgeführt und verbucht wurden.

Ab 2009: Finanzierung Teuerungszulagen nach Mischverfahren mit beschränktem Leistungspotential

Die Teuerungszulagen auf die laufenden Pensionen werden nach wie vor teilweise nach dem Rentenwertumlage- und teilweise nach dem Ausgabenumlageverfahren finanziert. Die Limitierung des Leistungspotentials und damit der Ausgabenumlagekomponente richtet sich dabei nach Artikel 13 der Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV]. Es wird jährlich geprüft und neu vom Stiftungsrat entschieden, ob und in welchem Rahmen eine Teuerungsanpassung gewährt wird.

Der bis zum 31. Dezember 2008 geäußerte Saldo wurde ausgebucht, weil die bis zum 1. Januar 2009 gewährten Teuerungszulagen auf den laufenden Pensionen als Bestandteil der garantierten Leistungen zu betrachten und vollständig im Vorsorgekapital für Pensionsbezüger berücksichtigt sind. Der ausgewiesene Saldo der Rückstellung per 31. Dezember 2009 entspricht der im Berichtsjahr getätigten Zuweisung aus dem halben Dienstnehmerbeitragsprozent.

Rückblickend kann festgestellt werden, dass die bis zum Jahre 2008 gewährten Teuerungszulagen alleine mit den ab 1. Januar 1999 erhobenen Dienstnehmerbeitragsanteilen von 0.5 % zu mehr als 100 % abgedeckt waren. Lediglich die per 1. Januar 2009 gewährte ausserordentliche Erhöhung um durchschnittlich 3.4 % – diese kostete CHF 6.225 Mio. – konnte mit dem halben Dienstnehmerbeitragsprozent nicht mehr voll finanziert werden, so dass die Pensionsversicherung CHF 3.476 Mio. aus eigenen Mitteln zur Finanzierung der Pensionserhöhungen per 1. Januar 2009 aufgebracht hat.

5.10 Deckungsgrad

Deckungsgrad gemäss kaufmännischer Bilanz (Prospektive Betrachtung, geschlossene Kasse)

(in CHF 1'000)		2009	2008
Aktiven (verfügbare Mittel)			
	Bilanzsumme	574'620	476'567
	Verpflichtungen aller Art	-1'710	-2'052
	Total netto verfügbare Mittel (A)	572'910	474'515
Passiven (technische Verpflichtungen)			
	Vorsorgekapital Aktive Versicherte	457'751	350'753
	Magistratenausgleichsfonds	400	699
	Freizügigkeitssperrkonten	24'261	23'711
	Vorsorgekapital Pensionsbezüger	228'004	222'833
	Technische Rückstellungen	36'118	40'319
	Totale technische Verpflichtungen (B)	746'534	638'315
	Deckungsgrad (A) : (B) x 100	76.7 %	74.3 %

Der Deckungsgrad hat im Berichtsjahr von 74.3 % auf 76.7 % zugenommen.

Die spürbare Verbesserung der finanziellen Lage der Pensionsversicherung schlägt sich nicht sichtbar in einer entsprechend starken Zunahme des Deckungsgrades (Deckungsgrad 1) nieder, weil die Bilanzierungsmethode – Vorsorgekapitalien der aktiven Versicherten sowie Finanzierung der Zulagen auf den laufenden Pensionen – deutlich strenger ausgelegt wurde. Diese strengere Bilanzierungsmethode ist im Zusammenhang der weitergeführten, rechtlichen Verselbständigung der Pensionsversicherung, dem Wegfall der Staatsgarantie sowie einer anderen Sichtweise des neuen Stiftungsrates zu sehen, welcher verstärkt Überlegungen und Bewertungsmethoden zum Tragen bringen möchte, welche bei Vorsorgeeinrichtungen von privatrechtlichen Dienstgebern und bei Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz angewendet werden. Weitere Ausführungen sind in Kapitel 5.9 erläutert.

6 Erläuterung der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.1 Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement

Gemäss Art. 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] gehört der Erlass des Anlagereglements zu den Aufgaben des Stiftungsrates. Der Stiftungsrat hat gestützt auf diese Kompetenz das bestehende Anlagereglement vom 5. Dezember 2007 (mittels Regierungsentscheid am 11. Dezember 2007 in Kraft getreten (RA 2007/3402 - 380)) nicht geändert, so dass dieses auch im Berichtsjahr gültig ist.

Per 31. Dezember 2009 bestehen folgende Vertragspartner:

Anlagekategorie	Vermögensverwalter / Depotstelle
Obligationen CHF	LLB, Vaduz Sarasin, Basel
Obligationen Fremdwährung	VP-Bank, Vaduz
Wandelanleihen	Fisch Asset M., Zürich / LLB, Zürich (Mandat gekündigt)
Aktien Schweiz	LLB, Vaduz
Aktien Welt	Pictet, Zürich Centrum Bank, Vaduz
Private Equity	LGT, Vaduz
Commodities	Goldman Sachs, London Gresham Investment, New York
Hedge Fund	LGT, Vaduz Harcourt, Zürich / Citco, Amsterdam
Immobilien Ausland	State Street SSGA, Zürich-Paris

Zudem besteht mit der Liechtensteinischen Landesbank ein Vertrag zur Absicherung der Fremdwährungen Euro und USD sowie ein Vertrag zur Anlage der Liquidität in Nostrocallgelder. Im Berichtsjahr wurden auf Grund des tieferen Zinssatzes keine Nostrocallgelder angelegt.

6.2 Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve

Zum Ausgleich von Wertschwankungen auf der Aktivseite sowie zur Gewährleistung der notwendigen Verzinsung der Verpflichtungen wird auf der Passivseite der kaufmännischen Bilanz eine Wertschwankungsreserve gebildet. Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wird nach einer finanzökonomischen Methode (Value at Risk-Methode) ermittelt. Bei diesem Verfahren wird aufgrund der Rendite- / Risikoeigenschaften der Anlagestrategie und des aus den Verpflichtungen resultierenden Renditebedarfs (Sollrendite) die Wertschwankungsreserve ermittelt, mit der normale Wertschwankungen des Gesamtvermögens aufgefangen werden sollen und welche die geforderte Minimalverzinsung der gebundenen Vorsorgekapitalien ermöglichen soll. Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wird in Prozenten der Verpflichtungen ausgedrückt. Es wird ein Sicherheitsniveau von mindestens 98.5 % über ein Jahr angestrebt.

Wertschwankungsreserve

(in CHF)	2009	2008
Vorsorgekapital und technische Rückstellungen gemäss Bilanz	746'533'538.35	638'314'958.21
Minimal notwendige prozentuale Wertschwankungsreserve bei einem Ausfallrisiko von 1.5 % gemäss Investment-Controller	15.5 %	14.6 %
Notwendige Wertschwankungsreserve (gerundet) (A)	115'712'698.00	93'193'984.00
Bilanzierte Wertschwankungsreserve (B)	0.00	0.00
Reservedefizit (A) – (B)	115'712'698.00	93'193'984.00

Obwohl sich die strategische Allokation der Anlagen 2009 gegenüber der Allokation 2008 nicht veränderte, wurde ein leicht höherer Wertschwankungsreservenbedarf (minimal notwendig: 15.5 %; vorher: 14.6 %) berechnet. Der Grund dafür ist, dass für die Reservenberechnung die bisherige 10-Jahres-Betrachtungsperiode auf 15 Jahre erweitert und die Erfahrungen des Jahres 2008 mitberücksichtigt wurden. Die Methodik für die Berechnung der Wertschwankungsreserven (Value-at-Risk-Methode, Ausfallwahrscheinlichkeit: 1.5 %) ist jedoch unverändert.

6.3 Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien

6.3.1 Vermögensanlagen

(in CHF)	2009	2008
Operative Aktiven	55'064'205.17	10'762'611.76
Anlagen	519'268'464.73	465'365'218.43
Total	574'332'669.90	476'127'830.19

6.3.2 Anlagebegrenzungen nach Anlagereglement

Für die Anlagen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal gelten gemäss Art. 4.3 des Anlagereglements folgende Begrenzungen:

Kategorie (inklusive Derivate)	Marktwert Mio. CHF	Anteil	Begrenzung	Resultat
Einzelbegrenzungen nach Art. 4.3.1 des Anlagereglements				
a) Forderungen Schuldner FL, CH, EWR	262.4	45.68 %	max. 100 %	eingehalten
LLB mit Staatsgarantie	28.2	4.91 %	max. 50 %	eingehalten
LLB ohne Staatsgarantie	2.1	0.36 %	max. 30 %	eingehalten
FL Banken	2.6	0.46 %	je 10 %	eingehalten
übrige Schuldner	229.5	39.95 %	je 5 %	eingehalten
b) Forderungen Schuldner Drittausland	72.5	12.65 %	max. 75 %	eingehalten
c) Aktien, ähnliche Wertschriften, andere Beteiligungen	147.9	25.75 %	max. 50 %	eingehalten
d) Liegenschaften, Immobilienfonds	45.9	7.98 %	max. 50 %	eingehalten
e) nicht traditionelle Anlagen	45.6	7.94 %	max. 15 %	eingehalten
f) Grundpfand	0.0	0.00 %	max. 40 %	eingehalten
Gesamt	574.3	100.00 %	–	–
Gesamtbegrenzungen nach Art. 4.3.2 des Anlagereglements				
a) Bargeld, Forderungen 4.3.1 Bst. a / b	335.0	58.33 %	max. 100 %	eingehalten
e) Liegenschaften, Aktien, ähnliche Wertschriften, andere Beteiligungen 4.3.1 Bst. c / d	193.7	33.73 %	max. 70 %	eingehalten
nicht traditionelle Anlagen, Grundpfand 4.3.1 Bst. e / f	45.6	7.94 %	–	–
Gesamt	574.3	100.00 %	–	–
d) Fremdwährung 4.3.1 Bst. a / b	107.6	18.74 %	max. 50 %	eingehalten
e) Fremdwährung 4.3.1 Bst. c / e	99.7	17.37 %	max. 30 %	eingehalten
Fremdwährung 4.3.1 Bst. d / f	3.4	0.59 %	–	–
Total Fremdwährungen	210.8	36.69 %		
Effektive Absicherung	-114.4	-19.92 %		
Total Fremdwährungen	96.3	16.77 %	max. 50 %	eingehalten

Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

6.3.3 Anlagebegrenzungen nach Anlagestrategie

Gemäss Kapitel 4.6 des Anlagereglements richtet sich die Vermögensstruktur unter Beachtung der Anlagebegrenzungen gemäss Kapitel 4.3 nach dem Anlageleitbild und den dazugehörigen Bandbreiten.

Per 31. Dezember 2009 präsentiert sich die Situation wie folgt:

Anlagekategorie	Marktwert Mio. CHF	Ist	SAA	Diff.	Bandbreiten min.	Bandbreiten max.	Bemerkungen
Nominalwerte	335.0	58.3 %	48.0 %	10.3 %	39.0 %	59.0 %	i.O.
Liquidität	64.8	11.3 %	0.0 %	11.3 %	0.0 %	5.0 %	6.3 %
Obligationen CHF (Ausland)	166.7	29.0 %	28.0 %	1.0 %	23.0 %	33.0 %	i.O.
Obligationen FW (hedged)	84.8	14.7 %	15.0 %	-0.3 %	12.0 %	18.0 %	i.O.
Wandelanleihen (hedged)	18.7	3.3 %	5.0 %	-1.7 %	4.0 %	6.0 %	-0.7 %*
Sachwerte	239.3	41.7 %	52.0 %	-10.3 %	39.0 %	64.0 %	i.O.
Aktien Schweiz / FL	58.4	10.2 %	12.0 %	-1.8 %	10.0 %	14.0 %	i.O.
Aktien Welt (inklusive EMMA)	89.4	15.6 %	20.0 %	-4.4 %	16.0 %	24.0 %	-0.4 %**
Private Equity	4.2	0.7 %	2.0 %	-1.3 %	0.0 %	3.0 %	i.O.
Immobilien Schweiz / FL	42.5	7.4 %	8.5 %	-1.1 %	7.0 %	10.0 %	i.O.
Immobilien Ausland (hedged)	3.4	0.6 %	1.5 %	-0.9 %	0.0 %	3.0 %	i.O.
Hedge Funds (hedged)	25.2	4.4 %	5.0 %	-0.6 %	4.0 %	6.0 %	i.O.
Commodities (hedged)	16.2	2.8 %	3.0 %	-0.2 %	2.0 %	4.0 %	i.O.
Gesamt	574.3	100.0 %	100.0 %	0.0 %			

Sonstige Begrenzungen	Marktwert Mio. CHF	Ist	SAA	Diff.	Bandbreiten	Bemerkungen	
Total Fremdwährungen	210.8	36.7 %	51.5 %	-14.8 %	38.0 %	64.0 %	-1.3 %
Fremdwährung (unhedged)	96.3	16.8 %	23.5 %	-6.7 %	16.0 %	30.0 %	i.O.
Total Aktien	147.9	25.7 %	34.0 %	-8.3 %	26.0 %	41.0 %	-0.3 %**

Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

SAA: Strategische Asset Allocation = Strategische Vermögensaufteilung

* Mandat gekündigt ** marktbedingt

Diverse Bandbreiten werden per 31. Dezember 2009 verletzt.

Aufgrund des Stiftungsratsentscheides vom 6. Mai 2009 wurde im Berichtsjahr kein Rebalancing durchgeführt und demzufolge stieg die Liquidität. Ebenso sind ca. 26.88 Mio. Forderungen und Anlagen beim Arbeitgeber, die zur Liquidität zugerechnet werden, in den 64.8 Mio. enthalten und somit stieg dieser Wert über die Bandbreite. Die Bandbreitenverletzung beim «Total Fremdwährung» resultiert aus dem ausgedehnten Einsatz von Devisentermingeschäften zwecks Absicherung von Fremdwährungsrisiken. Derartige Geschäfte erhöhen im Gesamtvermögen den Anteil an Schweizer Franken und reduzieren im Gegenzug den Fremdwährungsanteil und führen somit zu einer Umgliederung von Vermögenswerten von der Fremdwährungs- in die Schweizer Franken-Quote, was bei den entsprechenden Strategiewerten nicht berücksichtigt werden kann. Die vorhandenen Bandbreitenverletzungen ausser der Liquidität wurden im ersten Quartal 2010 mit der Wiederaufnahme eines Rebalancings der Aktien korrigiert.

6.4 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente

Per Bilanzstichtag bestehen die folgenden Derivatpositionen (Futures und Optionen).

(in CHF)	Marktwert Bilanz
Derivate auf Aktien Ausland	83.00

Bei den aufgeführten Derivaten handelt es sich um Optionen, die der Pensionsversicherung als Bezugsrechte im Depot Pictet (Mandat Aktien Ausland indexiert) zugeteilt wurden.

6.5 Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter securities lending

Per Bilanzstichtag bestehen Wertschriftenleihen mit einem Marktwert von CHF 100'354.95 bei der Liechtensteinischen Landesbank.

6.6 Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.6.1 Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen

(in CHF)	Erträge	Kurserfolg	Total
Cash	83'830.87	0.00	83'830.87
Forderungen	12'782.80	0.00	12'782.80
Cash in Wertschriftendepots	14'391.62	-803'087.71	-788'696.09
Geldmarktanlagen	0.00	352'781.19	352'781.19
Obligationen	7'907'618.57	7'873'725.32	15'781'343.89
Wandelanleihen	341'041.53	2'541'738.34	2'882'779.87
Aktien	2'955'824.96	29'299'189.11	32'255'014.07
Alternative Anlagen	0.00	2'868'953.93	2'868'953.93
Immobilien	1'598'997.15	895'076.64	2'494'073.79
Zwischentotal	12'914'487.50	43'028'376.82	55'942'864.32
Zinsen			-2'993.90
Verwaltungsaufwand Anlagen (entspricht 0,38 % der durchschnittlichen Aktiven)			-2'008'788.49
Total			53'931'081.93

Der Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

(in CHF)	2009	2008
Bankspesen, Gebühren, Steuern	497'049.58	651'791.39
Management Fees	921'111.22	828'157.04
Transaktion Fees, Custody Fees	41'693.54	34'531.22
Wertschriftenbuchhaltung / Controlling	359'278.00	319'581.65
Beratungsaufwand	188'364.95	222'238.20
Liegenschaftsverwaltung	1'291.20	2'152.00
Total	2'008'788.49	2'058'451.50

Der Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen hat sich trotz höherem Anlagevermögen gegenüber 2008 leicht zurückgebildet.

Die Abnahme der Position «Bankspesen, Gebühren, Steuern» erfolgte hauptsächlich wegen tieferen Quellensteuern als Folge geringerer Dividendenerträge in den Aktienportfolios und aufgrund geringerer Transaktionsvolumen bei den Aktien. In dieser Position sind zudem die Gebühren und Abgaben im Zusammenhang mit den Neuinvestitionen bzw. Umstrukturierungen bei den Obligationen- und Wandelanleihen-Mandaten enthalten.

Die Zunahme der Position «Management Fees» ist im Wesentlichen die Folge der im Vergleich zum Vorjahr höher ausgefallenen performanceabhängigen Vermögensverwaltungsgebühren.

Die Abnahme der Position «Beratungsaufwand» ist auf den geringeren Aufwand für Analysen, Research sowie im Rahmen der Loslösung von der Landesverwaltung zurückzuführen.

Die Abnahme der Position «Liegenschaftsverwaltung» erfolgte, da im Berichtsjahr wiederum nur eine Grob-Überprüfung der Immobilienwerte stattgefunden hat, welche mit weniger Aufwand erfolgte.

6.6.2 Performance

(in CHF)	2009	2008
Nettoergebnis aus der Vermögensanlage exklusiv Zinsaufwand (A)	53'934'075.83	-92'715'143.19
Durchschnittliche Aktiven (B)	525'593'148.99	509'460'177.02
Performance (A) / (B)	10.26 %	-18.20 %

Im Berichtsjahr resultierte ein Nettoerfolg von CHF 53.93 Mio., was einer Rendite auf dem durchschnittlichen Vermögen von 10.26 % entspricht. Mit Ausnahme der Anlagen in Private Equity resultierten im Berichtsjahr in allen strategischen Anlagekategorien positive Ergebnisse, also auch in jenen, die bereits im Vorjahr von dem sich verschlechternden fundamentalen Umfeld sowie der abnehmenden Risikobereitschaft der Anlegerschaft profitierten (vornehmlich Obligationen).

Hauptgewinner waren jedoch jene Anlagekategorien, die noch im Vorjahr zu den grössten Verlierern gehörten, also die Aktien und die Anlagen mit Aktieneinfluss (Wandelanleihen, Immobilien Ausland) sowie die Rohstoffanlagen (Commodities). Bei den Aktien, der wichtigsten der volatilsten Anlagekategorien, setzte sich bis zum 9. März 2009 der seit Oktober 2007 dauernde Abwärtstrend mit unverminderter Heftigkeit fort; die Kategorie Aktien CH / FL beispielsweise verlor bis zu diesem Datum seit Jahresanfang nochmals 21 % an Wert. Ab März erholten sich diese Anlagen jedoch im Rahmen von 20 % bis 60 %, weshalb sich dort per Ende Dezember deutlich positive Jahresrenditen ergaben.

Die Obligationenanlagen profitieren einerseits von weiter sinkenden Zinsen, andererseits von rückläufigen Risikoaufschlägen, so dass trotz Verfallsrenditen von noch 2 % bis 2.5 % zu Jahresbeginn, akzeptable Jahresrenditen resultierten.

Anhang

40 |

Als einzige strategische Anlagekategorie waren die Private Equity-Anlagen von Wertebussen betroffen. Hier schlugen sich die im Zuge der von Oktober 2007 bis März 2009 dauernden Baisse tieferen Aktienbewertungen erst mit zeitlicher Verzögerung in tieferen Bewertungsverhältnissen nieder.

Performance nach TWR-Methode

Anlagekategorie	Vermögensverwalter	Performance	Bewirtschaftung
LLB Sparkonto	PVS	0.37 %	PVS direkt
Obligationen CHF	LLB	6.31 %	aktiv
	Sarasin	8.73 %	indexnah
Obligationen Fremdwährung	VP-Bank	3.02 %	aktiv
Wandelanleihen	Fisch Asset M.	14.40 %	aktiv
Aktien Schweiz	LLB	22.24 %	indexiert
Aktien Welt	Pictet	30.60 %	indexiert
	Centrum Bank	28.10 %	taktisch
Private Equity	LGT	-16.79 %	PVS direkt
Commodities	Goldman Sachs, Grasham	14.52 %	PVS direkt
Hedge Fund	LGT	8.70 %	aktiv
	Harcourt	0.81 %	aktiv
Immobilien Ausland (Fonds)	State Street	26.27 %	PVS direkt
Immobilien Inland	PVS	3.64 %	PVS direkt
Konsolidierung		11.14 %	

PVS = Pensionsversicherung für das Staatspersonal

Gemäss dem durch die Complementa Investment-Controlling AG erstellten Performancereport beläuft sich die Rendite auf dem Gesamtvermögen für das Jahr 2009 auf 11.14 % (Vorjahr: -16.61 %). Der Grund für die abweichenden Performancewerte liegt zum einen in der unterschiedlichen Performancemessmethodik. Die Complementa Investment-Controlling AG misst im Rahmen der monatlichen Performancemessung die Wertentwicklung jedes einzelnen Investments und berechnet daraus für die einzelnen Mandate, Anlagekategorien und das Gesamtvermögen nach der TWR-Methode (time-weighted return) die Performance. Die Monatsergebnisse werden dann im Jahresverlauf multiplikativ miteinander verknüpft. Zum anderen sind im Performancereport gewisse Aufwände (Wertschriftenbuchhaltung / Controlling, Beratungsaufwand) nicht enthalten.

6.7 Erläuterung der Anlagen beim Arbeitgeber

(in CHF)	2009	2008
Landesverwaltung (1)	3'627'144.24	2'876'634.35
Angeschlossene Institutionen (1)	713'603.12	257'715.78
Zwischentotal	4'340'747.36	3'134'350.13
Landesverwaltung (2)	9'112'346.03	0.00
Angeschlossene Institutionen (2)	983'270.21	0.00
Total	14'436'363.60	3'134'350.13

Die Anlagen bei Arbeitgeberfirmen enthalten in Position (1) Kontokorrentforderungen aus offenen Beitragszahlungen. Es erfolgt keine Verzinsung der Kontokorrente der Arbeitgeber. Die Zunahme ist darauf zurückzuführen, dass grössere Arbeitgeber die offenen Beitragszahlungen erst im ersten Quartal 2010 bezahlten.

Steigt die durchschnittliche versicherte Besoldung gegenüber dem Vorjahr um mehr als 3 %, so hat die Pensionsversicherung von den Dienstgebern einen einmaligen Zusatzbeitrag zur Deckung der dadurch anfallenden Mehrkosten einzufordern.

Die Positionen (2) beinhalten die im Jahr 2010 in Rechnung gestellten Kosten für Lohnerhöhungen 2009 an die Dienstgeber. Die Forderungen wurden im Berichtsjahr erstmalig gestellt.

Die unter Landesverwaltung subsumierten Beträge beinhalten die Landesverwaltung, die Musikschule, das Schulamt, die Hochschule sowie FMA und öffentlich-rechtliche Stiftungen wie Bibliothek, Museen etc.

42 | 7 Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

7.1 Erläuterungen zur Bilanz

7.1.1 Cash

(in CHF)	2009	2008
Bankguthaben	28'181'984.50	5'860'555.85

Hier handelt es sich um ein Bankkonto bei der Liechtensteinischen Landesbank. Die markante Zunahme ist auf den Stiftungsratsbeschluss, der das Rebalancing gestoppt hat, zurückzuführen. Somit wurden die liquiden Mittel geäufnet.

7.1.2 Forderungen

(in CHF)	2009	2008
Guthaben Renovationsfonds «Burg»	78'411.90	73'331.60
Anzahlung Immobilien	10'817'983.00	0.00
Darlehen für Einkauf bis 10 Jahre	349'447.62	298'475.73
Darlehen für Einkauf bis Finanzierungsschlussalter 58 bis 64	1'181'484.95	1'385'170.95
Kontokorrent Altmagistraten	16'309.30	6'138.75
Kontokorrent Versicherte	2'220.30	4'588.75
Total	12'445'857.07	1'767'705.78

Im Posten «Guthaben Renovationsfonds Burg» ist der Anteil der Pensionsversicherung für das Staatspersonal am Renovationsfonds der Liegenschaft Städtle «Burg» enthalten.

Die Position «Anzahlung Immobilien» beinhaltet die Anzahlung an eine Überbauung, die die Pensionsversicherung nach Fertigstellung erwerben wird. Die Pensionsversicherung ist nicht Bauherr der Überbauung.

Gestützt auf Art. 42 des Vorsorgereglements kann die Einkaufssumme neben einer einmaligen Barzahlung wie folgt finanziert werden:

Variante Darlehen

Die gesamte Einkaufssumme wird zuerst als Darlehen gewährt, welches in der Folge durch monatliche Zahlungen in längstens zehn Jahren amortisiert wird. Die Darlehen wurden im Berichtsjahr den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend mit 4% verzinst.

Variante Zusatzbeitrag

Die gesamte Einkaufssumme wird mittels gleichbleibendem Zusatzbeitrag bis zum Finanzierungsschlussalter 58 bis 64 finanziert. Diese Schuld des Versicherten wird beim Eintritt einer Risikoleistungspflicht ausgebucht.

Das «Kontokorrent Altmagistraten» beinhaltet Beitragsforderungen an ausgeschiedene, weiter bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal versicherte Regierungsmitglieder.

Das «Kontokorrent Versicherte» beinhaltet offene Beitragsforderungen infolge von Dienstunterbrüchen und Langzeitkrankheit sowie allgemeine Beitragskorrekturen.

7.1.3 Immobilien

(in CHF)	2009	2008
Liegenschaft «Burg», Vaduz	3'560'000.00	3'560'000.00
Mehrzweckgebäude, Triesen	13'200'000.00	13'200'000.00
Bürogebäude «Pflugstrasse», Vaduz	11'800'000.00	11'800'000.00
Überbauung «Real», Vaduz	13'900'000.00	13'900'000.00
Total Direktanlagen	42'460'000.00	42'460'000.00
Indirekte Anlagen Ausland	3'393'836.64	2'495'394.20
Total	45'853'836.64	44'955'394.20

Die Liegenschaften sind zu Marktwerten bewertet.

Gemäss Anlagereglement (Art. 4.5 lit. e) ist die Bewertung der Liegenschaften jährlich einer groben Überprüfung zu unterziehen und mindestens alle drei Jahre nach anerkannten Schätzungsmethoden von unabhängigen Experten zu überprüfen. Letztmals erfolgte eine Überprüfung nach anerkannten Schätzungsmethoden im Juni 2007 rückwirkend auf den 1. Januar 2007 für die Umstellung der Bilanzierung nach Swiss GAAP FER 26. Die dabei ermittelten Werte haben sich bei der Grobüberprüfung per 31. Dezember 2009 nur im Realwert leicht verändert und sehen wie folgt aus:

Liegenschaft	Ertragswert	Realwert	Verkehrswert	Marktwert
Burg	2'727'000	5'770'000	3'504'765	3'560'000
MZG	11'648'700	13'246'000	12'447'510	13'200'000
Pflugstrasse	8'756'400	12'406'920	10'581'660	11'800'000
Real	9'283'200	16'814'000	13'048'600	13'900'000
Total	32'415'300	48'236'920	39'582'535	42'460'000

Kurzbeschreibungen der einzelnen Werte:

Ertragswert

Der Ertragswert wird stark durch den Kapitalisierungsfaktor geprägt und beeinflusst. Grundsätzlich basiert er auf einem Durchschnittssatz für eine erste variable Hypothek. Auf diesen Satz erfolgt ein prozentualer Zuschlag je nach Neu- oder Altbau und Art der zu bewertenden Liegenschaft normalerweise zwischen 1.0 % bis 4.0 %. Gemäss Experten wurde für die Liegenschaften im Fürstentum Liechtenstein für das Berichtsjahr mit objektbezogenen Sätzen von 5.0 % bis 7.0 % gerechnet.

Realwert

Dieser Wert ergibt sich aus der Summe der Werte für Boden, Wohn- und Gebäudewert sowie Erschliessungskosten abzüglich der Minderwerte.

Verkehrswert

Indem Ertrags- und Realwert gewichtet werden (je nach Gebäudetyp unterschiedlich), resultiert der Verkehrswert.

Marktwert

Dieser Wert berücksichtigt nebst oben genannten Werten zusätzlich noch Lage, Zustand und Ausbau.

7.1.4 Aktive Rechnungsabgrenzung

(in CHF)	2009	2008
Wertschriften	232'250.04	388'231.64
Liegenschaften	54'801.76	50'514.46
Total	287'051.80	438'746.10

Die Aktive Rechnungsabgrenzung «Wertschriften» beinhaltet ausschliesslich Portfolio Management Fee-Positionen und entsprechende MWSt-Positionen. Die markante Abnahme beruht im Wesentlichen auf Mandaten, bei denen wegen verminderter Unterperformance die Rückzahlungen performanceabhängiger Verwaltungsgebühren geringer ausgefallen sind. Die Position «Liegenschaften» ist der Saldo der Gewinnvorträge der Immobilien «Burg» und «Pflugstrasse».

7.1.5 Verbindlichkeiten

(in CHF)	2009	2008
Freizügigkeitsleistungen und Renten	667'126.70	796'138.11
Andere Verbindlichkeiten		
Kreditoren	383'817.07	504'244.50
Quellensteuer	81'568.60	91'379.95
Liegenschaften	19'346.85	21'328.60
Versicherte	15'000.00	25'589.20
Verbindlichkeiten Arbeitgeber	17'456.39	39'258.57
Total	1'184'315.61	1'477'938.93

Freizügigkeitsleistungen und Renten

Es handelt sich einerseits um Freizügigkeitsleistungen von Austritten im Berichtsjahr, welche erst nach dem 31. Dezember 2009 abgerechnet und ausbezahlt und andererseits um Nachzahlungen von Renten sowie pendente Kapitalzahlungen (Todesfallabfindungen), die erst nach dem 31. Dezember 2009 berechnet werden konnten. Die Position beinhaltet auch nicht verwendete Eintrittsleistungen von CHF 190'886.00 für Versicherte, die erst nach dem 31. Dezember 2009 der Stiftung beitreten, bei denen die Freizügigkeitsleistung bereits eingegangen ist.

Kreditoren

Es handelt sich um Rechnungen, die im 2010 eingegangen sind und das Berichtsjahr betreffen.

Quellensteuer

Die Quellensteuer wurde bei Auszahlungen ins Ausland abgezogen und ist der Steuerverwaltung geschuldet.

Liegenschaft

Im Zusammenhang mit dem Erwerb des Bürogebäudes «Pflugstrasse» wurden vom früheren Eigentümer verschiedene Mietverträge samt Mieterkautionen übernommen. Im heutigen Zeitpunkt besteht nur noch eine Mieterkaution. Diese wurde gestützt auf Art. 12 Abs. 3 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] mit einem Zins von 0.25 % (einfache Sparkonti) verzinst. Die Position beinhaltet auch das Eigentümerkonto der Überbauung «Real».

Versicherte

Es handelt sich im Berichtsjahr um einen Einkauf, der infolge Überversicherung zurückgewiesen wurde.

Verbindlichkeiten Arbeitgeber

Der Saldo beinhaltet Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Institutionen. Dabei handelt es sich um Kontokorrent-Konten, über welche die Belastungen und Gutschriften der Pensionsversicherung für das Staatspersonal erfolgen.

7.1.6 Passive Rechnungsabgrenzung

(in CHF)	2009	2008
Diverses	198'691.60	243'869.85
Wertschriften	326'518.82	329'789.53
Total	525'210.42	573'659.38

Diverses

Es handelt sich um den Beitrag von CHF 140'715.00 an den Sicherheitsfonds BVG der Schweiz und CHF 57'500.00 Grundgebühren an die FMA. Die Position «Diverses» beinhaltet zudem eine Umsatzabgabe von CHF 476.60.

Wertschriften

Es handelt sich um die an die Vermögensverwalter der Poolanlagen zu erstattenden Pauschalgebühren aufgrund der performanceorientierten Mandatsverträge.

7.2 Erläuterungen zur Betriebsrechnung

Per 1. Januar 2009 haben keine Institutionen / Betriebe einen Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat vollzogen, folglich beziehen sich die Erläuterungen von Kapitel 7.2.1 bis 7.2.4 nur auf das Leistungsprimat.

7.2.1 Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen

Beiträge Arbeitnehmer / Arbeitgeber

Die ordentlichen Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber betragen je 1.5% für die Risikoversicherung und 6.5% Arbeitnehmer- sowie 8.3% Arbeitgeberbeiträge für die Altersversicherung der versicherten Besoldung. Die Differenz zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen kommt vor allem aus den unterschiedlichen Beitragsprozenten sowie aus den vom Arbeitnehmer bezahlten Arbeitgeberbeiträgen bei unbezahlten Dienstupenbrüchen und aus freiwilligen Beschäftigungsgraderhöhungen, die eine Erhöhung der versicherten Besoldung bewirken.

Einmaleinlagen und Einkaufssummen

Zur Leistungsverbesserung können von den Versicherten freiwillig Versicherungsjahre eingekauft werden. Im Berichtsjahr stieg zudem die durchschnittlich versicherte Besoldung mehr als 3 %. Die Pensionsversicherung hat die dadurch anfallenden Mehrkosten von über 10 Mio. eingefordert und verbucht.

Sanierungsbeiträge Arbeitgeber

Gestützt auf das Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] entfällt ab 2009 die bisherige Finanzierungsgarantie der Arbeitgeber zur Leistung eines Sonderbeitrages.

Einlagen aus Übernahme Versicherte

Die Pensionsversicherung hat alle Versicherten der Vorsorgeeinrichtung Complan AG Liechtenstein per 1. Januar 2008 übernommen. Mit der daraus folgenden Liquidation wurde noch eine Restsumme zugunsten der übernommenen Versicherten im Berichtsjahr überwiesen.

7.2.2 Eintrittsleistungen

Die «Freizügigkeitseinlagen» entsprechen dem beim Eintritt von Versicherten eingebrachten Pensionsgeld anderer Personalvorsorgestiftungen. In dieser Position sind auch Einzahlungen infolge Scheidungen verbucht.

7.2.3 Reglementarische Leistungen

Pensionen

Im Vergleich zum Vorjahr ist bei den Alterspensionen eine Zunahme von 14.6 % (Vorjahr 5.8 %) festzustellen. Die Hinterlassenenpensionen erhöhen sich im Jahr 2009 um 6.4 % (Vorjahr 8.0 %). Die Invalidenpensionen erhöhen sich um 10.6 % (Vorjahr 10.6 %).

Kapitalleistungen

Die im Berichtsjahr ausbezahlten Kapitalleistungen bei Pensionierungen stützen sich noch auf Art. 8 Abs. 2 der Verordnung vom 27. März 2001 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal. Eine Kapitalleistung kann ausgerichtet werden, wenn die Alters- oder die Invalidenpension weniger als 10 %, die Ehegattenpension weniger als 6 % oder die Waisen- und Invaliden-Kinderpension weniger als 2 % der minimalen einfachen Altersrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung beträgt.

Die Verordnung wurde mit [PVV] (LGBI. 2009 Nr. 224) vom 18. August 2009 geändert und die Kapitalleistungen in Art. 39 des Vorsorgereglements definiert.

Die im Berichtsjahr ausbezahlten Kapitalleistungen bei Tod stützen sich auf Art. 38 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG]. Kapitalleistungen werden ausgerichtet, wenn ein aktiver oder invalider Versicherter vor dem Rücktrittsalter stirbt und keine pensionsberechtigten Hinterlassenen vorhanden sind. Stirbt der Bezüger einer Alterspension innert zehn Jahren nach dem Beginn des Alterspensionsbezuges und wird keine Ehegattenpension fällig, so richtet die Pensionsversicherung ebenfalls eine Kapitalleistung aus.

7.2.4 Austrittsleistungen

Freizügigkeitsleistungen bei Austritt

Die Austrittsabfindungen werden ausgerichtet, wenn das Dienstverhältnis eines Versicherten endet, ohne dass Ansprüche auf Versicherungsleistungen begründet werden. Die Höhe der Freizügigkeitsleistung ist in Art. 41 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonals [PVG] geregelt.

Vorbezüge Scheidung

Gestützt auf Art. 43a des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] ist die für die Ehedauer zu ermittelnde Austrittsleistung nach den Bestimmungen des Ehegesetzes zu teilen.

7.2.5 Ergebnis Immobilien

(in CHF)	2009	2008
Direktanlagen		
Liegenschaft «Burg», Vaduz	149'449.85	100'358.30
Mehrzweckgebäude, Triesen	611'225.55	555'454.10
Bürogebäude «Pflugstrasse», Vaduz	447'166.25	454'590.00
Überbauung «Real», Vaduz	391'155.50	405'635.30
Total Direktanlagen	1'598'997.15	1'516'038.20
Indirekte Anlagen		
Immobilienfonds Ausland	895'076.64	-2'937'465.90
Total	2'494'073.79	-1'421'427.70

Das Liegenschaftsergebnis hat sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr bei den Direktanlagen leicht verbessert. Die Mehreinnahmen bei der Liegenschaft «Burg» und die geringeren Werterhaltungskosten im Mehrzweckgebäude Triesen haben zu dem besseren Ergebnis beigetragen. Es ist nur bei der Liegenschaft «Burg» ein Renovationsfonds gemäss Wertquotenanteil STWEG vorhanden.

Bei den Indirekten Anlagen handelt es sich um ein Investment im Bazac Real Estate Europe-Indexfonds von State Street, welcher in die im EPRA / NAREIT Europe Liquid 40 enthaltenen Immobilien-Beteiligungsgesellschaften investiert. Das Fremdwährungsrisiko wurde abgesichert. Aus dem Kursanstieg der im Fonds enthaltenen Immobilienaktien resultierte im Berichtsjahr der Wertzuwachs.

Liegenschaftsrechnung «Burg», Vaduz

(in CHF)	2009	2008
Pachtertrag Brasserie «Burg»	144'000.00	144'000.00
Pachtertrag Bürotrakt	39'550.00	40'200.00
Übriger Ertrag	21'819.80	12'118.35
Unterhalt und Reparaturen	-30'703.95	-69'971.75
Übriger Liegenschaftsaufwand	-25'216.00	-25'988.30
Liegenschaftserfolg	149'449.85	100'358.30

Anhang

48 |

Die Ertragssituation der Überbauung Städtle «Burg» hat sich gegenüber dem Vorjahr durch den Mehrumsatz des Restaurantbetriebes und somit den Mehrertrag durch höhere Mieteinnahmen im übrigen Ertrag verbessert. Im Berichtsjahr fielen vor allem Unterhaltsarbeiten (im Innen- und Aussenbereich) sowie bei den Elektroanlagen an, wobei sich der Gesamtunterhalt gegenüber dem Vorjahr stark verringert hat.

Liegenschaftsrechnung Mehrzweckgebäude, Triesen

(in CHF)	2009	2008
Mietertrag	640'680.00	640'680.00
Übriger Ertrag	373.00	373.00
Unterhalt und Reparaturen	-29'827.45	-85'598.90
Liegenschaftserfolg	611'225.55	555'454.10

Das Mehrzweckgebäude ist an das Land Liechtenstein vermietet. Im Berichtsjahr fielen wiederum Unterhaltsarbeiten bei den Storen an, womit nun fast das ganze Gebäude revidiert wurde. Die letzte Etappe der Storenrevision erfolgt im Jahr 2010. Der geringere Aufwand für «Unterhalt und Reparaturen» führte zu einer Verbesserung des Erfolges.

Liegenschaftsrechnung «Pflugstrasse», Vaduz

(in CHF)	2009	2008
Mietertrag	538'260.00	536'450.00
Übriger Ertrag	5.00	0.00
Unterhalt und Reparaturen	-59'228.50	-54'328.10
Übriger Liegenschaftsaufwand	-31'870.25	-27'531.40
Liegenschaftserfolg	447'166.25	454'590.50

Das Ergebnis der Liegenschaft «Pflugstrasse» hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verschlechtert, da die Kosten für Unterhalt und Reparaturen etwas gestiegen sind. Im Berichtsjahr fielen vor allem Unterhaltsarbeiten im Innenbereich und bei der Heizung / Lüftung an.

Liegenschaftsrechnung «Real», Vaduz

(in CHF)	2009	2008
Mietertrag	448'668.45	448'320.00
Unterhalt und Reparaturen	-57'512.95	-42'684.70
Liegenschaftserfolg	391'155.50	405'635.30

Im Berichtsjahr fielen vor allem Unterhaltsarbeiten bei den Storen, bei der Heizungsanlage und für das Gaswarnsystem an. Das Ergebnis der Liegenschaft «Real» hat sich im Vergleich zum Vorjahr durch den Anstieg der Unterhalts- und Reparaturkosten verschlechtert.

7.2.6 Sonstiger Ertrag

Der sonstige Ertrag resultiert aus der Ausbuchung kleinerer Rundungs- und Beitragsdifferenzen.

7.2.7 Sonstiger Aufwand

Der sonstige Aufwand resultiert aus kleineren Rundungs- und Beitragsdifferenzen. In dieser Position sind auch die Ausbuchungen von Amortisationsvereinbarungen enthalten, die mittels Einmalzahlung beglichen wurden. Der Aufwand entsteht dadurch, dass die ganze Forderung bis zum Finanzierungsschlussalter 58 bis 64 bilanziert ist und der Ablösebetrag zum heutigen Zeitpunkt geringer ist. Ebenso sind Amortisierungsanpassungen, die durch die Änderung des Finanzierungsschlussalters erfolgten, verbucht. Weitere Ausführungen stehen in Kapitel 7.1.2.

7.2.8 Verwaltungsaufwand

(in CHF)	2009	2008
Verwaltungskosten intern	453'000.00	384'000.00
Bankspesen, Gebühren operativ	402.70	426.32
Beratungsaufwand, PV-Experte	398'597.50	305'014.05
Revision, Stiftungsrat, Anwalt	294'718.45	69'497.60
Ausbildungskosten	3'452.60	3'998.95
Drucksachen, etc.	25'901.52	39'141.95
Infrastruktur	193'089.50	254'852.40
Übriger Aufwand	4'203.25	2'020.00
Total	1'373'365.52	1'058'951.27

Im Berichtsjahr wurde der Mitarbeiterbestand um 50 Stellenprozent (Total 4.2 Stellen) aufgestockt, eine Teuerung von 3.4% sowie ein Leistungslohnanteil von 1.0% fix gemäss Leistungsdialog ausgerichtet. Dies führte zu einem Anstieg der Verwaltungskosten intern. Durch die Gesetzesrevision per 1. Januar 2009 erfolgte im Berichtsjahr die Erarbeitung von Reglementen und es wurden verschiedene Expertenanalysen durch den Stiftungsrat in Auftrag gegeben, vor allem wegen der neuen Aufsichtsunterstellung. Die Position «Revision, Stiftungsrat, Anwalt» ist ausserordentlich gestiegen. Der Anstieg ist infolge der durch den Hohen Landtag bei der Gesetzesrevision beschlossenen Änderung der Aufsicht (Früher: Regierung, Neu: FMA) erfolgt, da die Pensionsversicherung im Berichtsjahr mit Sonderkosten der externen Prüfer der FMA von CHF 170'000 zusätzlich zu den ordentlichen Aufsichtskosten von rund CHF 57'500 belastet wurde. Bei der Infrastruktur handelt sich überwiegend um die letzte Rate der neuen Pensionsversicherungssoftware sowie die Umprogrammierung infolge Gesetzesänderungen und Neuprogrammierung des Beitragsprimats. Ebenso sind Kosten von CHF 50'000, die an das Amt für Personal und Organisation für Miete, Arbeitsplatz und interne Aus- und Weiterbildungskosten bezahlt wurden, enthalten.

Anhang

50 | Verwaltungsaufwand pro Versicherte

	31.12.2009	31.12.2008
Verwaltungsaufwand	1'373'365.52	1'058'951.27
Versicherte (1)	4'640	4'398
Kosten pro Versicherte	296	241
Versicherte (2)	5'184	5'149
Kosten pro Versicherte	265	206

Versicherte (1)

Durchschnittlicher Bestand «Aktive Versicherte, Mitglieder Magistratenfonds, Mitglieder Freizügigkeitssperrenkonten und Pensionsbezüger». Unterjährige Austritte sind nicht berücksichtigt.

Versicherte (2)

Bestand «Aktive Versicherte, Mitglieder Magistratenfonds, Mitglieder Freizügigkeitssperrenkonten und Pensionsbezüger» per 31. Dezember zuzüglich Austritte im Berichtsjahr, ohne Austritte Pensionisten.

8 Auflagen der Aufsichtsbehörde

Die Pensionsversicherung untersteht seit dem 1. Januar 2009 der Oberaufsicht durch die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA).

Die FMA hat im Jahre 2009 durch Ernst & Young, teils auch im Auftrag der Regierung, eine Erstprüfung wie auch eine Sonderprüfung durchgeführt. Die wesentlichen Erkenntnisse hat die FMA der Pensionsversicherung mitgeteilt.

Nach der Replik der Pensionsversicherung an die FMA und der Aussprache mit der Regierung und der Finanzkommission im Herbst 2009 gab es einen Unterbruch.

Entsprechend einem konstruktiven Gespräch seitens der Präsidentin der Pensionsversicherung mit der FMA wurde vereinbart, dass die FMA ihre weiteren Aufträge an Ernst & Young stoppt und den von der Pensionsversicherung auf Mai 2010 in Aussicht gestellten umfassenden Bericht zum aktuellen Stand der Organisation und der finanziellen und versicherungstechnischen Lage abwartet. Dementsprechend ist auch ein Sanierungsplan zusammen mit dem PV-Experten vorzubringen. Die FMA ihrerseits wird danach mit der Pensionsversicherung das weitere Vorgehen und die gestellten Erfordernisse festlegen.

9 Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

9.1 Nachschusspflichten (Commitment)

In Zusammenhang mit der Private Equity Anlage besteht im Rahmen der Aufstockung eines bewilligten Investments von EUR 7 Mio. eine Nachschusspflicht im Umfang von EUR 3'199'000.

10 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

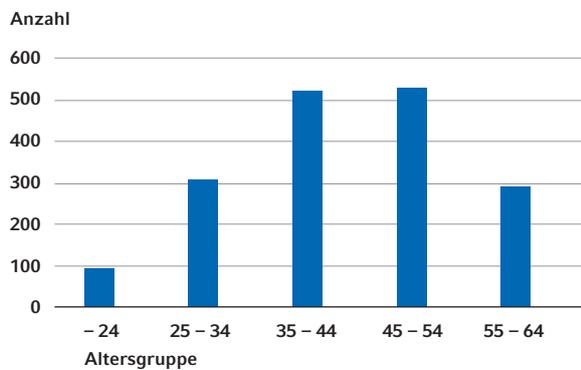
Keine.

Angaben zum versicherungstechnischen Teil

52 | Altersstruktur Aktive Versicherte per 1. Januar

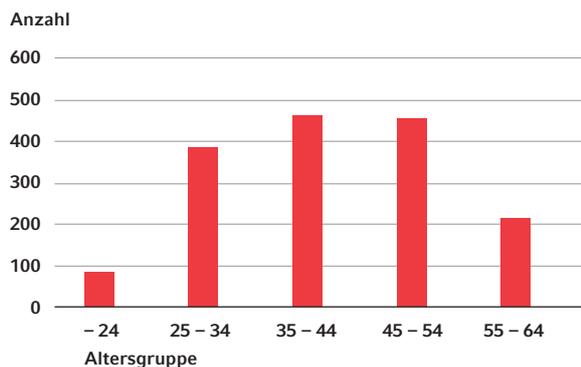
Männer

Altersgruppe	2010		2009		2008	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
- 24	97	5.5	87	5.2	79	4.9
25 - 34	306	17.5	301	17.9	272	16.8
35 - 44	523	29.9	533	31.8	518	32.1
45 - 54	528	30.2	479	28.6	464	28.7
55 - 64	296	16.9	277	16.5	282	17.5
Total	1'750	100.0	1'677	100.0	1'615	100.0



Frauen

Altersgruppe	2010		2009		2008	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
- 24	84	5.3	99	6.5	111	7.5
25 - 34	387	24.4	374	24.7	363	24.7
35 - 44	456	28.7	446	29.4	429	29.2
45 - 54	449	28.3	402	26.5	383	26.1
55 - 64	212	13.3	196	12.9	183	12.5
Total	1'588	100	1'517	100.0	1'469	100.0



Durchschnittsalter Pensionsbezüger (ohne Kinder) per 1. Januar

Pensionsart	2010	2009	2008
Alter			
Männer	70.2	70.4	71.1
Frauen	69.0	68.4	68.5
Kinder	19.5	19.7	19.7
Hinterlassene			
Männer	63.6	65.5	64.4
Frauen	73.3	73.0	73.0
Kinder	17.8	15.5	15.4
Invaliden			
Männer	55.7	55.4	56.3
Frauen	52.0	52.6	52.9
Kinder	16.0	16.7	15.5
Total	68.4	68.4	68.7

Altersstruktur Pensionsbezüger (ohne Kinder) per 1. Januar

Altersgruppe	Alter		Hinterlassene		Invaliden	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
20 – 34	0	0	1	1	4	3
35 – 44	0	0	3	3	5	6
45 – 54	0	0	5	4	28	23
55 – 64	107	118	25	27	40	42
65 – 74	277	240	29	22	0	0
75 – 84	86	78	41	41	0	0
85 – 94	13	15	12	12	0	0
über 95	1	1	3	4	0	0
Total	484	452	119	114	77	74

**Pensionsversicherung
für das Staatspersonal**

Austrasse 15
Postfach 684
9490 Vaduz
Liechtenstein
T +423 236 76 16
F +423 236 75 84
info@pvs.llv.li

www.pvs.llv.li